

I Energie

Frage 1: Soll der Strom in der EU bis 2040 vollständig aus erneuerbaren Energien kommen?

Forderung der Klima-Allianz Deutschland: „Stellen Sie die Weichen für eine 100%ige erneuerbare Energiegewinnung bis 2040. Setzen Sie dafür die bereits angestoßenen beschleunigten Genehmigungsverfahren für Windkraft, Photovoltaik und Stromnetzausbau sowie neue Technologien der erneuerbaren Energien in Haushalt, Landwirtschaft, Handwerk und Industrie um. Fossiles Gas, teure und unsichere Atomkraft und Kohlenstoffspeichertechnologien (CCS) sollten von Planungsbeschleunigung und sonstiger Förderung ausgenommen werden.“

Forderung des NABU: „Starten Sie jetzt den Umbau zu einer klimaneutralen Wirtschaft mit 100 % erneuerbaren Energien bis 2040: Dafür braucht es Suffizienz – die Senkung des Energiebedarfs in allen Sektoren –, Effizienz und die rasche Umstellung von fossilen Brennstoffen auf erneuerbare Energien in einem noch nie dagewesenen Ausmaß. Hierzu muss die EU unter anderem verbindliche Fristen für den Ausstieg aus der Nutzung von Kohle in der EU bis 2030, von fossilem Gas bis 2035 und von Öl bis spätestens 2040 festlegen. Wir fordern außerdem einen ambitionierten Einsatz für umweltfreundliche und naturverträgliche erneuerbare Energieoptionen.“

Kriterien: Benennung der Problematik / Konkrete Jahreszahl / Konkrete Maßnahmen, z.B. Planungsbeschleunigung für Erneuerbare / Ausschluss von CCS im Stromsektor

Linke	Grüne	SPD	FDP	CDU/CSU	AfD
<p>S. 8: „Wir wollen, dass erneuerbare Energien und nachhaltige Wirtschaft massiv gefördert werden: mit öffentlichem Geld, das dann zu öffentlichem Eigentum oder öffentlichen Beteiligungen führt.“</p> <p>S. 49: „Der Anteil erneuerbarer Energien am Verbrauch in der EU soll bis 2030 auf mindestens 50 Prozent ansteigen. Der Primärenergieverbrauch soll in der EU bis 2030 im Vergleich zum Jahr 2000 um 40 Prozent fallen. Die Ziele müssen in verbindliche nationale Ziele für jeden Mitgliedstaat übertragen werden. [...]</p>	<p>S. 8: „Wir bauen erneuerbare Energien als Teil einer aktiven Wirtschafts- und Industriepolitik EU-weit massiv aus: Bis 2035 sollen sie den wesentlichen Beitrag dazu leisten, die Energieversorgung in der EU auf dem Weg zu 100 Prozent Klimaneutralität sicherzustellen.“</p> <p>S. 9: „In der Stromerzeugung wollen wir in Deutschland spätestens 2035 keine fossilen Brennstoffe mehr einsetzen.“</p>	<p>S. 4: „Europa hat die besten Voraussetzungen, durch effektiven Klimaschutz den Wohlstand der Zukunft zu schaffen. [...] Der Ausbau erneuerbarer Energien hat dabei absoluten Vorrang.“</p> <p>S. 7: „Europas Energieversorgung der Zukunft muss erneuerbar, bezahlbar und sicher sein. Wir alle haben zu spüren bekommen, was passiert, wenn unsere Energieversorgung zu einem großen Teil abhängig ist von Machthabern wie Wladimir Putin. Energiepreise sind in die Höhe geschossen und wir wurden erpressbar. [...] Wir müssen die Vielfältigkeit des europäischen Kontinents und unterschiedliche Standortvorteile ausnutzen,</p>	<p>S. 18: „Wir setzen uns für eine innovationsfreundliche Regulierung der Entnahme, Nutzung und Speicherung von CO2 ein. Engstirnige Debatten über die Priorität der CO2-Vermeidung vor Carbon Capture and Storage (CCS) und Carbon Capture and Utilization (CCU) verzögern nur den Markthochlauf. Der Weltklimarat hat bereits klargestellt, dass die Nutzung dieser Technologien für das Erreichen der Klimaziele unabdingbar ist. Einen zusätzlichen Anreiz schaffen wir, indem wir negative Emissionen mit kostenlosen CO2-Zertifikaten belohnen. [...] Um den Ausbau von Infrastruktur und Erneuerbaren Energien zu beschleunigen, stellen wir auf EU-Ebene die Weichen für eine weitere Beschleunigung von Planungs- und</p>	<p>S. 13: „Erneuerbare Energie ist ein wesentlicher Faktor für erfolgreichen Klimaschutz. Daher wollen wir Photovoltaik, Windkraft, Geothermie, Wasserkraft, flüssige und feste Biomasse (z. B. Holz) gleichwertig fördern.“</p>	<p>S. 35: „Zurzeit werden in Deutschland und anderen EU-Ländern bestehende Landesentwicklungspläne geändert in Richtung einer vorgeblich „klimabeständigen Raumplanung und -nutzung“. Hierbei wird in erster Linie das Ziel verfolgt, mehr Windparks und großflächige Photovoltaikanlagen überall in Europa zu bauen. Dabei werden Landschafts- und Naturschutz dem vermeintlichen Klimaschutz untergeordnet oder gar geopfert. Das schafft zahllose neue Probleme zu Lasten der Umwelt. Wir fordern deshalb: Keine flächendeckende Privilegierung für Bauwerke zur Erzeugung sogenannter „Erneuerbarer Energien“ im Außenbereich!“</p> <p>S. 36: „Eine Umwidmung von agrarwirtschaftlich hochwertigen Flächen zugunsten von sogenannten Erneuerbaren Energien lehnen wir ab.“</p> <p>S. 37: „Insbesondere den Flächenfraß von Biotop- und Agrarflächen durch die sogenannte Agrivoltaik gilt es zu verhindern.“</p> <p>S. 38: „Windenergieanlagen stellen grundsätzlich eine Gefährdung für Pflanzen</p>

Legende

vollkommen

eher

teilweise

eher nicht

gar nicht / keine Nennung

<p>Bis zum Jahr 2035 muss die Elektrizitätserzeugung in der gesamten EU zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien bestehen und möglichst dezentral organisiert sein."</p>		<p>um nachhaltige Energiequellen wie die Sonne oder den Wind möglichst effizient nutzen zu können, und in einer europäischen Energieunion gemeinsam unsere Energieversorgung sicherstellen." S. 12: „Um unumkehrbare Veränderungen im Klimasystem zu verhindern, wie zum Beispiel das Versiegen des Golfstroms, müssen wir weltweit bis spätestens 2050 CO2-neutral wirtschaften und leben sowie die Energiegewinnung aus fossilen Energieträgern einstellen."</p>	<p>Genehmigungsverfahren. Dafür wollen wir Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP) auf Vorhaben mit grenzüberschreitenden Umweltauswirkungen beschränken. Europarechtliche Hürden für die Planungsbeschleunigung wollen wir abbauen, indem wir den Mitgliedstaaten mehr Spielraum geben. So erfordern viele Vorhaben eine UVP, deren Aufwand oft in keinem Verhältnis zum Nutzen steht."</p>	<p>und Tiere sowie eine Beeinträchtigung der Gesundheit und der Lebensqualität der Menschen dar. [...] Bis zur Feststellung dieser Auswirkungen sind weitere Genehmigungen auszusetzen." S. 41: „Günstiges Erdgas für Haushalte und Betriebe ist von geostrategischem Interesse für Deutschland und Europa. Zukünftig sind einseitige Abhängigkeiten zu vermeiden. Die AfD strebt eine Neuorientierung der deutschen Energieversorgung ohne ideologische Scheuklappen an. Dabei sind weder unkonventionelle Schiefergasgewinnung noch Kernenergie oder Braunkohle auszuschließen." S. 42: „Konkret sind unsere Forderungen: Abschaffung aller Klimaschutzgesetze auf nationaler und europäischer Ebene sowie Stopp der Programme „Green Deal“, „Fit für 55“ und anderer CO2-Reduktionspläne der Brüsseler Bürokraten. [...] Wiederaufnahme der Stromproduktion in den sechs seit dem Ende des Jahres 2021 außer Dienst gestellten deutschen Kernkraftwerken. [...] Kohleverstromung (inkl. Braunkohle) erhalten, mindestens bis ausreichend Kernreaktoren am Netz sind."</p>
--	--	--	--	--

Frage 2: Soll die finanzielle Förderung für Kohle, Öl, Gas und Atomkraft beendet werden?

Forderung der Klima-Allianz Deutschland: „Beenden Sie umgehend Subventionen für fossile Infrastruktur und Atomkraft in Deutschland und der EU und setzen Sie die so eingesparten Gelder stattdessen für den Ausbau erneuerbarer Energien ein. Die finanzielle Förderung und Verwendung von grünem Wasserstoff und E-Fuels sollten an Nachhaltigkeitskriterien geknüpft und auf Sektoren beschränkt werden, in denen es keine energieeffizienteren und kostengünstigeren direktelektrischen Alternativen gibt.“

Forderung des NABU: „Schaffen Sie schrittweise alle umweltschädlichen Anreize und Subventionen ab, unter anderem für die Verbrennung von Biomasse. Ein großer Teil der umweltschädlichen Subventionen der EU ist immer noch im Energiesektor zu finden und verhindert, dass der Sektor schnell klimafreundlicher wird. Stattdessen treibt die aktuelle EU-Politik für erneuerbare Energien die Zerstörung von Lebensräumen und den Verlust der biologischen Vielfalt voran.“

Kriterien: Benennung der Problematik / Abbau von Subventionen für fossile Energien und Infrastruktur / keine Förderung von Atomkraft / Bevorzugte Förderung von Erneuerbaren

Linke	Grüne	SPD	FDP	CDU/CSU	AfD
S. 52: „Für einen europaweiten Ausstieg aus der Atomenergie: Seit über 65 Jahren fördert und verbreitet die EU mit dem Vertrag über die Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM) die Kernenergie in Europa mit Milliarden an Steuergeld. Atomkraft ist eine unbeherrschbare Risikotechnologie, die im Störfall todbringend ist und über Generationen hinweg Mensch und Umwelt massiv gefährdet. EURATOM steht einer europaweiten Energiewende im Weg und muss deshalb aufgelöst werden.“	S. 10: „Es ist falsch, Atomenergie als nachhaltig einzustufen und sie aus EU-Mitteln zu fördern. Wir streben eine umfassende Reform des Euratom-Vertrages an, welche die Sicherheit von Rückbau und nuklearer Entsorgung zur zentralen Aufgabe macht und die wahren Kosten und Risiken im Preis abbildet.“ S. 75: „Es ist wichtig, dass wir Investitionen in fossile Brennstoffe und andere klimaschädliche Aktivitäten beenden und stattdessen Anreize für nachhaltige Investitionen setzen. Dies erfordert eine grundlegende Änderung des Modells für bilaterale EU-Investitionsverträge.“	S. 10: „Wir lehnen die Förderung der Atomenergie durch EU-Mittel ab. Es sollen keine Steuergelder in die teure und unzuverlässige Hochrisikotechnologie Kernenergie fließen. Die Zukunft gehört den Erneuerbaren, die schon heute unsere günstigsten Energiequellen sind.“	S. 8: „Wir Freie Demokraten setzen auf Technologieoffenheit, damit Europas Wirtschaft im immer intensiveren Wettbewerb bestehen kann und für die besten Forscherinnen und Forscher attraktiv bleibt. Wir sprechen uns klar gegen pauschale Verbote und für einen Wettbewerb der besten Technologien aus. Das betrifft unter anderem den Einsatz von E-Fuels für eine klimafreundliche Mobilität, Wasserstoff im Gebäudeenergiebereich oder die Chancen der Fusionstechnologie und von Small Modular Reactors (SMR) für eine sichere und bezahlbare Energieversorgung.“	S. 13: „Zum Energiemix gehören für uns alle Erneuerbaren Energien sowie die Kernkraft – wir können auf diese Option derzeit nicht verzichten.“	S. 23: „Wir betrachten Subventionen grundsätzlich kritisch.“ S. 41: „Volatile Energieträger sind trotz jahrzehntelanger Subventionen teuer und zur Versorgung der EU untauglich.“ S. 42: „Konkret sind unsere Forderungen: [...] Streichung der Subventionen für die volatile Wind- und Solarenergie.“

Frage 3: Sollen die günstigen Erzeugerpreise für erneuerbare Energien an Bürger*innen weitergegeben werden?

Forderung der Klima-Allianz Deutschland: „Bessern Sie die EU-Strommarktreform so nach, dass die niedrigen Erzeugungskosten von Strom aus erneuerbaren Energien an EU-Bürger*innen weitergegeben werden und die Förderung von Kohle- und Gaskraftwerken sowie von bestehenden Atommeilern schrittweise ausläuft.“

Kriterien: Benennung der Problematik / Reform des EU-Strommarktdesigns zugunsten Erneuerbarer / Weitergabe günstiger Erneuerbarenpreise an Verbraucher*innen

Linke	Grüne	SPD	FDP	CDU/CSU	AfD
S. 50: „Preiskontrollen statt Stromabzocke: Für den durchschnittlichen Verbrauch von elektrischem Strom und Heizenergie wollen wir preisgünstige Sockeltarife schaffen. Die Strompreise müssen stärker überwacht, kontrolliert und sozial gerechter gestaltet werden. In Deutschland fordern wir einen Energie-Soli für Reiche zur Finanzierung sozial gerechter Preise. Ziel des Strommarktsystems muss es sein, allen Verbraucher*innen bezahlbaren Strom zur Verfügung zu stellen, anstatt Konzernen Profite zu ermöglichen. Wenige, teure, mit fossilen Energiequellen betriebene Kraftwerke dürfen nicht mehr die Preise für den gesamten Strommarkt setzen. Das Merit-Order-Prinzip in seiner gegenwärtigen Wirkungsweise lehnen wir ab. Ein klimagerechtes Strommarktsystem muss leistungslose Übergewinne ausschließen.“	S. 61: „Auch das Design des europäischen Strommarkts wollen wir im Sinne der Verbraucher*innen gestalten, damit die Preisvorteile der erneuerbaren Energien in der Breite ankommen. Mit transparenten und möglichst geringen Infrastrukturkosten, der Entkopplung des Verbrauchspreises von erneuerbarem Strom von den steigenden Kosten des Emissionshandels sowie intelligentem Lastmanagement bleibt der Vorteil der günstigen Stromerzeugung bei ihnen. Wir schützen die Stromverbraucher*innen vor hohen Kosten, indem wir die Förderung von erneuerbaren Energien durch eine Deckelung der Erlöse ergänzen. Wir stärken außerdem die Teilhabe von Verbraucher*innen durch die Ermöglichung zeitflexibler Stromtarife und vereinfachtes Prosuming.“	S. 10: „Die beträchtlichen Schwankungen der Energiepreise haben Haushalte und Betriebe in der EU hart getroffen. Wir wollen aus diesem Grund eine tiefgreifende, strukturelle Reform des EU-Strommarktdesigns, um eine bessere Integration von erneuerbaren Energien in den Strommarkt sicherzustellen. Die Preisbildungsmechanismen sollen für Strom überprüft und auf erneuerbare Energien ausgerichtet werden, um Preis- und Einspeiseschwankungen zu begrenzen. Strom muss dauerhaft günstig werden. Mit einer Reform der Strommarktdesigns und einem europäischen Rahmen für Brückentrompreise wollen wir die Voraussetzungen für wettbewerbsfähige Strom- und Energiepreise in ganz Europa schaffen.“	S. 19: „Für die Energiewende brauchen wir ein neues, marktwirtschaftliches Strommarktdesign, um eine klimaneutrale, sichere und kostengünstige Energieversorgung zu ermöglichen. Wir wollen, dass Langfristverträge für Kleinunternehmen zugänglicher werden. Bei der Preisbildung soll die lokale Verfügbarkeit von Strom eine Rolle spielen. Energiespeicher und Erneuerbare Energien müssen im Markt integriert werden und ohne staatliche Hilfen auskommen. Es müssen Anreize für eine flexible Bereitstellung und Nutzung von Strom geschaffen werden. Das Stromnetz zwischen den Mitgliedstaaten muss ausgebaut und der Europäische Energiebinnenmarkt geschaffen werden.“	S. 13: „Deutschland und Europa brauchen eine sichere und bezahlbare Energieversorgung. Wir wollen den Binnenmarkt für Energie stärken, grenzüberschreitende Infrastruktur auf- und ausbauen und mit technologieoffener Forschung den Energiestandort Europa voranbringen.“	S. 41: „Die AfD strebt eine Neuorientierung der deutschen Energieversorgung ohne ideologische Scheuklappen an. Dabei sind weder unkonventionelle Schiefergasgewinnung noch Kernenergie oder Braunkohle auszuschließen. Schiefergasgewinnung wird seit Jahrzehnten auch in Deutschland praktiziert. Bei Einhaltung gängiger Vorschriften kann eine Umweltverschmutzung ausgeschlossen werden. Die Kernenergie bietet mit jahrzehntelang bewährter Hochsicherheitstechnologie eine umweltfreundliche und preisgünstige Energieversorgung für die nächsten Jahrtausende. Die Kohleverstromung ist dank ausgereifter Luftfilter sauber und unter anderem für die Gipsherstellung notwendig.“

Frage 4: Soll die Förderung von Bioenergie auf landwirtschaftlichen Flächen eingeschränkt werden?

Forderung der Klima-Allianz Deutschland: „Beenden Sie die klimaschädliche Förderung von industrieller Holzverbrennung zur Energiegewinnung und die Förderung von Biokraftstoffen aus Nahrungs- und Futtermittelpflanzen. So begrenzen Sie die Nutzung von Bioenergie im Angesicht zunehmender Flächenkonkurrenzen und des desolaten Zustands europäischer Wälder.“

Forderung des NABU: „Wir fordern: Bioenergie aus intensiv kultivierten Energiepflanzen und Waldholz darf nicht weiter als nachhaltig und klimaneutral eingestuft und dadurch gefördert sowie auf die Treibhausgas-Reduktionsziele angerechnet werden. Die Quoten für Biokraftstoffe müssen abgeschafft und stattdessen die CO2-Flottengrenzwerte deutlich verschärft werden. Die Emissionen der Bioenergieerzeugung müssen in das Emissionshandelssystem aufgenommen werden.“

Kriterien: Benennung der Problematik / Keine Kennzeichnung von Bioenergie als nachhaltig und klimaneutral / Ende der Förderung von Bioenergie / Begrenzung der Flächennutzung für Bioenergie vs. Nahrungsmittel

Linke	Grüne	SPD	FDP	CDU/CSU	AfD
S. 44: „Den Import von Biokraftstoffen aus Nahrungsmitteln wie Mais und Getreide in die EU (und nach Deutschland) wollen wir verbieten.“	S. 34: „Naturholz ist ein vielfältig einsetzbarer Rohstoff für Bauen und Wohnen, der zu wertvoll ist, ihn in Großkraftwerken zu verbrennen.“ S. 39: „Lebensmittel gehören auf den Teller und nicht in den Tank oder gar in den Müll.“	S. 9: „Bei der Bewertung der Nationalen Energie- und Klimapläne werden wir darauf achten, dass die Pläne der Mitgliedsstaaten zur Nutzung von Bioenergie dem nicht zuwiderlaufen. Gleichzeitig wollen wir, dass die Verwertung von Siedlungs- und landwirtschaftlichen Abfällen zur Produktion von Biogasen möglich bleibt.“ [...] „Bei der Gewinnung von Biokraftstoffen darf es nicht zu einer Konkurrenz zur Nahrungsmittelerzeugung kommen.“ S. 19: „Uns ist wichtig, dass die Kraftstoffherstellung nicht in Konkurrenz zur Lebensmittelproduktion steht.“	Keine Erwähnung	S. 13: „Erneuerbare Energie ist ein wesentlicher Faktor für erfolgreichen Klimaschutz. Daher wollen wir Photovoltaik, Windkraft, Geothermie, Wasserkraft, flüssige und feste Biomasse (z. B. Holz) gleichwertig fördern und gleiche Rahmenbedingungen schaffen.“	S. 8: „Das Dogma des menschengemachten Klimawandels dient der EU als Vorwand, um in alle Lebensbereiche reglementierend einzugreifen. EU-Programme wie der „Green Deal“ und „Fit for 55“ wirken sich zerstörerisch auf die europäische und insbesondere die deutsche Wirtschaft aus. Auf das Weltklima werden alle diese Maßnahmen absehbar keinen Einfluss haben.“ S. 37: „Unstrittig ist der Nutzen des Waldes als Wasserspeicher, Lieferant natürlicher Baustoffe und von Holz als Energieträger. Dabei muss die nachhaltige Bewirtschaftung über Generationen hinweg das unverrückbare Ziel sein!“ S. 41: „Bio“-Gas und -treibstoffe entziehen der Lebensmittelerzeugung wertvolle Flächen und verteuern beide Güter. Aufgrund dieser ideologischen Energiepolitik werden Strom, Mobilität, warme Wohnungen und Nahrung für die Bürger zum Luxus. Industriebetriebe wie Verbraucher leiden unter den weltweit höchsten Energiepreisen. Abwanderung oder Verarmung sind die Folge. Wie am Ukraine-Konflikt ersichtlich, besteht ein direkter Zusammenhang zwischen Energie- und Außenpolitik. Günstiges Erdgas für Haushalte und Betriebe ist von geostrategischem Interesse für Deutschland und Europa. Zukünftig sind einseitige Abhängigkeiten zu vermeiden. Die AfD strebt eine Neuorientierung der deutschen Energieversorgung ohne ideologische Scheuklappen an. Dabei sind weder unkonventionelle Schiefergasgewinnung noch Kernenergie oder Braunkohle auszuschließen.“

II Verkehr und Gebäude

Frage 5: Soll Fliegen in der EU teurer werden?

Forderung der Klima-Allianz Deutschland: „Richten Sie Investitionen und Subventionen systematisch nach Klimaschutz und Energieeffizienz aus. Dazu gehört die bereits erwähnte EU-weite Besteuerung von Kerosin, die Umschichtung von Investitionen in Flughafenerweiterungen und Straßenausbau in die Schienennetze und eine Abgabe für Vielfliegende.“

Kriterien: Benennung der Problematik / Abbau von Subventionen für Flughäfen und Flugverkehr / Kerosinbesteuerung / Vielfliegendenabgabe

Linke	Grüne	SPD	FDP	CDU/CSU	AfD
<p>S. 55: „Unsere Linke Verkehrswende sieht so aus: Wir bauen kollektive und klimaverträgliche Verkehrsmittel aus und fahren die Produktion von Bussen und Bahnen hoch. Wir schaffen die Förderung für den klimaschädlichen Flug- und Autoverkehr ab: In Zukunft sind viel weniger Autos nötig. [...] Das Luxusspektakel der Reichen beenden wir: Privatjets und Megajachten wollen wir in der gesamten EU verbieten.“</p> <p>S.57: „Klimaschädliche Subventionen des Flugverkehrs wollen wir abschaffen. [...] Anstatt pauschal höhere Preise mit der Einbeziehung von Flügen in das EU-Emissionshandelssystem einzuführen, erheben wir eine zusätzliche Steuer für First- und Business-Class-Flüge, denn die sind pro Person besonders CO2-intensiv.“</p>	<p>S.32: „Für den Flugverkehr unterstützen wir die Forschung und Entwicklung von klimaneutralen Technologien. Die Verlagerung des Flugverkehrs hin zu klimafreundlicheren Alternativen – insbesondere für Kurzstrecken – bleibt dabei unser Ziel. Wir fordern die EU-weite Einführung einer Luftverkehrsabgabe in Anlehnung an den Energiegehalt, ähnlich wie sie in Deutschland bereits erhoben wird. Die daraus resultierenden Einnahmen sollen mehrheitlich dem EU-Haushalt zugutekommen. Europäische Fluggesellschaften sollen dadurch nicht gegenüber ihren internationalen Mitbewerbern benachteiligt werden.“</p>	<p>S. 18: „Bahnfahren soll innereuropäisch günstiger und attraktiver als Fliegen sein.“</p> <p>S. 19: „Nachhaltige Flugkraftstoffe, wie E-Kerosin, sind ein entscheidender Schritt, um die CO2-Emissionen der Luftfahrtindustrie drastisch zu reduzieren. Mehr als 200.000 zusätzliche Arbeitsplätze könnten so in Europa geschaffen werden. Dies bietet die Chance für neue Ausbildungs- und Fortbildungsmöglichkeiten im Bereich der Produktion von nachhaltigen Flugkraftstoffen. Uns ist wichtig, dass die Kraftstoffherstellung nicht in Konkurrenz zur Lebensmittelproduktion steht. Wir wollen ein EU-Label für die Umweltverträglichkeit von Flügen einführen. Dies ermöglicht den Passagierinnen und Passagieren, die Umweltbilanz von Flügen zu vergleichen und bewusste Entscheidungen zu treffen.“</p>	<p>S.20: „Den Luftverkehr wollen wir ohne Verbote und zusätzliche Steuern und Abgaben bis 2050 klimaneutral machen. Das Instrument für die Bepreisung von CO2-Emissionen im Luftverkehr sind der Emissionshandel und das „Carbon Offsetting and Reduction Scheme for International Aviation“ (CORSIA).“</p>	<p>Keine Erwähnung</p>	<p>S. 34: „Die AfD befürwortet die Abschaffung der Luftverkehrsteuer und richtet sich gegen unrealistische EU-CO₂- Reduktionsziele. Der globale Flugverkehr ist von elementarer Bedeutung für Deutschland und Europa – und darf nicht kurzfristig einer unwissenschaftlichen Klima-Hysterie geopfert werden. Die AfD lehnt jedwedes Verbot von Kurzstreckenflügen ab.“</p>

Legende

vollkommen

eher

teilweise

eher nicht

gar nicht / keine Nennung

Frage 6: Soll der EU-weite Bahnverkehr attraktiver werden?

Forderung der Klima-Allianz Deutschland: „Ergreifen Sie wirksame und kurzfristige Maßnahmen, um den Anteil des öffentlichen Personen- und Güterverkehrs EU-weit bis 2030 zu verdoppeln: insbesondere durch einen Europakt, ein europäisches Nachtzugnetz, grenzüberschreitende Regionalzüge, günstigere Ticketpreise, vereinfachtes Ticketing und gestärkte Fahrgastrechte.“

Kriterien: Benennung der Problematik / Netzausbau von ÖPNV und Fernverkehr / Verlagerung von Güterverkehr auf die Schiene / Vergünstigung von Zugtickets / Vereinfachtes Ticketing

Linke	Grüne	SPD	FDP	CDU/CSU	AfD
S.54: „Die Linke streitet dafür, dass alle ihre Fahrt- und Reiseziele erreichen können, die Orte und Dörfer besser vernetzt sind und die Städte lebenswerter werden. Der öffentliche Nah- und Fernverkehr in der ganzen EU muss ausgebaut werden – das ist der Schlüssel zur Verkehrswende. Eine gut ausgebaute Bahn mit einem integrierten Bahnnetz kann Europa näher zusammenbringen und wäre eine gute Alternative zum Fliegen. [...] Wir setzen uns ein für öffentlichen Verkehr, der uns alle barrierefrei, bequem und preiswert ans Ziel bringt, am Gemeinwohl und	S. 30: „Wir setzen uns dafür ein, dass klimafreundliche Mobilität auch preislich am attraktivsten und für alle erschwinglich ist. [...] Damit das gelingt, modernisieren wir das europäische Bahnnetz und machen es zum Rückgrat der Infrastrukturunion. [...] Wir setzen uns dafür ein, dass das europäische Bahnnetz weiterentwickelt wird, auch um damit klimafreundlichen Tourismus in Europa zu fördern. Dafür muss der Ausbau der Transeuropäischen Netze Verkehr (TEN-V)-Schiene deutlich schneller und mit einem höheren Finanzierungsanteil der EU erfolgen. Auch die Wiederherstellung von Lückenschlüssen zwischen den Ländern, europäischer Güterverkehr und gute Nachtzüge haben für uns Priorität. Wir wollen weitere Anreize für die Verlagerung von Gütern auf die Schiene und die Binnenschifffahrt schaffen. Dafür benötigen wir ein europaweit einheitliches Güterzugnetz mit Schnellverladeterminals für Kombinierte Verkehre, an denen Ladungen von Lastkraftwagen (Lkw) auf Züge umgeladen werden können. [...] Mittelfristig wollen wir den Deutschlandtakt zu einem Europakt ausbauen. Nachtzüge sind eine komfortable und klimafreundliche Möglichkeit, lange Strecken innerhalb Europas zurückzulegen, und damit eine gute Alternative zum Fliegen. Ein massiver	S. 18: „Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen wir uns dafür ein, dass alle Bevölkerungsgruppen Zugang zu klimafreundlichen Verkehrslösungen haben und dass niemand aufgrund des sozialen Status oder Einkommens benachteiligt wird. Dazu gehören auch die Förderung von öffentlichen Verkehrsmitteln in ländlichen Gebieten und die Erhaltung von guten Arbeitsplätzen im Verkehrssektor. Auch im öffentlichen Nahverkehr soll die Umrüstung auf klimaschonende Verkehrsmittel europaweit deutlich beschleunigt werden.“ S. 18: „Aufbauend auf dem Ziel eines Deutschlandtakts wollen wir die Voraussetzungen für einen Europakt schaffen, der neben der Steigerung der Pünktlichkeit auch die Anbindung an europäische Netze in den Vordergrund stellt. Wir werden die Kapazität, Zuverlässigkeit, Barrierefreiheit, Verfügbarkeit und den nahtlosen grenzüberschreitenden Betrieb des Schienengüterverkehrs in der Union erhöhen. [...] Den Trend zum klimafreundlichen Nachtzug wollen wir aktiv fördern und ein europäisches	S. 20: „Die FDP setzt sich für faire Wettbewerbsbedingungen auf der europäischen Schiene ein. Hierfür braucht es einen freien Zugang in alle europäischen Eisenbahnnetze und eine Trennung von Netz und Betrieb. Wir wollen einen entsprechenden Anlauf zur Weiterentwicklung der bisherigen Eisenbahnpakete machen. Des Weiteren setzen wir uns für den konsequenten Ausbau der Trans-europäischen Eisenbahnnetze zu Hochleistungs- und Hochgeschwindigkeitskorridoren ein. Ziel ist ein europäisches Hochgeschwindigkeitsnetz. Schienennetze und Ticketsysteme sollen harmonisiert, Netz und Betrieb getrennt und das Europäische Eisenbahnverkehrsleitsystem (ERTMS)	S. 4: „Wir wollen die Kooperation mit den mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten besonders fördern. Wir brauchen zügig Schnellzugverbindungen nach Polen oder Tschechien. Wir setzen auf den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur und der Wissenschaftskooperation.“	S. 33: „Die AfD möchte die Rheinschiene von Basel bis Rotterdam zukunftsfähig ausbauen, auch um bereits bestehende Verträge mit unseren Schweizer Nachbarn erfüllen zu können. Im Schienenverkehr muss die Blockade durch länderspezifische Signaleinrichtungen überwunden werden. Die grundsätzlich gute Idee zur Einführung eines einheitlichen europäischen Zugsicherungssystems (ETCS) hat sich unter dem Einfluss nationaler Abschottungsinteressen zu einem Milliardengrab entwickelt. Die AfD setzt sich dafür ein, dieses System auf den kleinsten gemeinsamen Nenner zu reduzieren, um damit europaweite Kompatibilität zu

Legende

vollkommen

eher

teilweise

eher nicht

gar nicht / keine Nennung

<p>den Bedürfnissen der Menschen orientiert.“ S.55: „Der öffentliche Nahverkehr wird in der ganzen EU sukzessive kostenlos, im ersten Schritt für Leistungsberechtigte, Studierende, Azubis und Schüler*innen.“ S.58: „Das europäische Transportnetz Schiene muss umgesetzt werden. Die weitere technische und rechtliche Harmonisierung des EU-Eisenbahnverkehrs ist Voraussetzung für einen Umstieg auf die Schiene in der EU: Die EU muss gewährleisten, dass das 740-Meter-Netz für den Güterverkehr tatsächlich bis 2030 europaweit ausgebaut wird.“</p>	<p>Ausbau des barrierefreien Nachtzugverkehrs ist daher geboten. Wir setzen uns deshalb für reduzierte Trassenpreise, eine bessere Förderung für grenzüberschreitende Züge, für den zügigen Ausbau der Eisenbahninfrastruktur und insbesondere eine industriepolitische Offensive für moderne Schlafwagen ein.“ S. 31: „Was beim Buchen von Flügen selbstverständlich ist, soll künftig auch für alle Zugreisen in Europa Standard sein. Mit einem anbieterübergreifenden Ticketing-System können wir Buchungsplattformen in die Lage versetzen, grenzüberschreitend durchgehende Fahrkarten einschließlich Sharing-Angeboten sowie Ein- und Ausstiegshilfen für alle anzubieten. Dabei werden jeweils die günstigsten Fahrkarten auf einfache Weise zugänglich gemacht. [...] Damit Europa auf der Schiene zusammenrückt, müssen Buchungen einfacher erfolgen. [...] Um klimafreundliche und barrierefreie Mobilität zu fördern, wollen wir Fahrgästen in neuen Zügen die Fahrradmitnahme ermöglichen und das Recht auf Mittransport notwendiger Mobilitätshilfen kostenlos sicherstellen. Daneben wollen wir in Europa das Flatrate-Prinzip im ÖPNV stärken, das wir mit dem Deutschland-Ticket erfolgreich im eigenen Land etabliert haben. Das Deutschland-Ticket soll auch in der ersten Station im Nachbarland gelten, um den grenzübergreifenden Austausch zu stärken. Flatrate-Tickets mit ähnlichem Prinzip sollen gegenseitig anerkannt werden. So erreichen wir Schritt für Schritt, dass man mit einem Europaticket den Nahverkehr in der gesamten EU nutzen kann.“</p>	<p>Nachtzugnetz aufbauen. Kurzfristig wollen wir mehr ICE-Sprinter etablieren, vor allem in Konkurrenz zu Kurzstreckenfügen. Bahnfahren soll innereuropäisch günstiger und attraktiver als Fliegen sein. Die Einrichtung von wettbewerbsfähigen und innovativen Hochgeschwindigkeitszugverbindungen und Nachtzügen sollte von allen Mitgliedsstaaten unterstützt werden, da sie eine umweltfreundliche und wettbewerbsfähige Alternative im internationalen Verkehr darstellen. [...] Das Deutschlandticket ist ein großer Erfolg. Wir wollen gemeinsam erreichen, dass es auch in unseren Nachbarländern, wie zum Beispiel Frankreich, anerkannt wird. Das soll Pendlerinnen und Pendler in Grenzregionen entlasten und den Urlaub vor Ort einfacher und preiswerter machen. Unsere Vision ist ein Europaticket in der gesamten EU. Zudem wollen wir eine verkehrsübergreifende, europaweite Buchungsmöglichkeit für internationale Züge, Busse und weitere Mobilitätsdienstleistungen im öffentlichen Auftrag etablieren – mit einer App mobil in der ganzen EU. Gemeinsam mit unseren Nachbarn wollen wir ein EU-weites Ticketsystem einführen. Vergünstigungen durch BahnCards sollten für grenzüberschreitende Verbindungen vollständig gültig sein.“</p>	<p>flächendeckend eingeführt werden. Zudem wollen wir einen EU-Standard für Magnetschwebebahnen schaffen.“</p>		<p>gewährleisten und Kosten zu reduzieren. Für den Ausbau des europäischen Schienennetzes gilt es zunächst, die prekäre Stromversorgung in Deutschland zu stabilisieren, die schon zu zahlreichen Zugausfällen geführt hat.“</p>
---	---	--	--	--	--

Legende

vollkommen

eher

teilweise

eher nicht

gar nicht / keine Nennung

Frage 7: Soll der Wechsel hin zur Elektromobilität beschleunigt werden?

Forderung der Klima-Allianz Deutschland: „Beschleunigen Sie den Wechsel zur Elektromobilität in Europa: Weiten Sie den Erstzulassungsstopp für Verbrenner ab 2035 auf LKW und Busse aus und schichten Sie Subventionen für Verbrenner auf batteriebetriebene Dienst- und Leasingfahrzeuge um. Stellen Sie sicher, dass kleine, kostengünstige und ressourcensparende Elektrofahrzeuge günstiger sind als die klimaschädliche Konkurrenz. Sorgen Sie dafür, dass solche Fahrzeuge auch für Haushalte mit weniger Einkommen in Reichweite sind, wie beim erfolgreichen *Social Leasing* aus Frankreich.“

Forderung des NABU: „Für eine echte Antriebswende im Verkehr braucht es neben dem Zulassungsende neuer Pkw mit Verbrennermotor weitere Schritte: Verschärfen Sie die CO2-Flottengrenzwerte von Nutzfahrzeugen, um ein zügiges Ende des Verbrennungsmotors herbeizuführen. Für die Elektrifizierung des Transport- und Mobilitätssektors muss ein schneller Ausbau der öffentlichen Ladeinfrastruktur sowie ein möglichst sparsamer Energie- und Ressourceneinsatz bei der Herstellung, dem Betrieb und dem Recycling von Elektrofahrzeugen sichergestellt werden.“

Kriterien: Benennung der Problematik / Bekanntnis zum Verbrenneraus 2035 / Bevorzugung leichter, effizienter und ressourcenschonender elektrischer Pkw / Ausschluss von Wasserstoff und E-Fuels für Pkw

Linke	Grüne	SPD	FDP	CDU/CSU	AfD
<p>S. 56: „Am Verbrenner-Aus zu rütteln, ergibt keinen Sinn – denn selbst die Automobilindustrie hat verstanden, dass E-Autos die Antriebstechnologie der Zukunft sind. E-Autos sind aber nur dann klimaschonender, wenn sie leicht sind und der Strom aus erneuerbaren Energiequellen kommt.“</p> <p>S. 56: „Wir lehnen den von der EU forcierten Ausbau von Wasserstoff-Infrastruktur für den Individualverkehr und den Erhalt aller Tankstellen unter dem Framing der „Technologieoffenheit“ ab. Das dient nur den Interessen der fossilen Industrie. Den Ausbau von öffentlichen E-Ladesäulen lehnen wir nicht ab, aber wichtiger finden wir den Ausbau des öffentlichen Verkehrs.“</p>	<p>S. 31: „Und für das Klima arbeitet im Kern der Mobilitäts- und Verkehrswende die Antriebswende, die dafür sorgt, dass sich die Dinge klimaneutral und leise bewegen. Es muss das Prinzip gelten, so viele Verkehrsmittel wie möglich elektrisch mit erneuerbaren Energien zu betreiben. Den Einsatz von grünem Wasserstoff und den darauf basierenden E-Fuels unterstützen wir im Schiffs- und Luftverkehr. Im Straßenverkehr jedoch lehnen wir den Einsatz von E-Fuels aufgrund von mangelnder Energieeffizienz sowie ebenfalls mangelnder Klima- und Umweltfreundlichkeit ab. Grünen Wasserstoff fördern wir im Straßenverkehr nur im Bereich der schweren Nutzfahrzeuge.“</p> <p>S.32: „Auch für E-Fahrzeuge wollen wir Anreize schaffen, sie leichter und noch energieeffizienter zu machen.“</p>	<p>S. 19: „Wir wollen elektro- und wasserstoff-betriebener Mobilität den Weg bereiten. Dafür sollen überall mindestens alle 60 Kilometer E-Schnellladestationen und alle 200 Kilometer Tankstellen für Wasserstoff aufgebaut werden.“</p>	<p>S. 19: „Um die Flotte der weltweit über eine Milliarde Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor klimafreundlicher zu machen, setzen wir deshalb auf die Substituierung fossiler Kraftstoffe durch synthetische Kraftstoffe und auf das Bekenntnis zum Verbrennungsmotor als Teil der Mobilität der Menschen. Wir wollen Verbrennungsmotoren klimafreundlich machen, nicht verbieten.“</p>	<p>S. 14: „Wir stehen zum Auto, unabhängig von der Antriebsart. Wir wollen das Verbrennerverbot wieder abschaffen und die deutsche Spitzentechnologie des Verbrennungsmotors erhalten und technologieoffen weiterentwickeln. Synthetische Kraftstoffe spielen dafür eine zentrale Rolle. Wir schreiben keine Technologien vor.“</p>	<p>S. 34: „Die AfD setzt sich generell für den Erhalt des Verbrennungsmotors ein. Die einseitige Bevorzugung von Elektromobilität durch die EU ist sofort zu stoppen, da diese aus Gründen mangelnder Stromkapazität und Infrastruktur gar nicht flächendeckend eingesetzt werden kann. [...] Ob der Verbrennungsmotor eines Tages durch andere Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor, welche mit synthetischem Kraftstoff angetrieben werden, müssen hinsichtlich ihrer Abgabenlast mit elektrisch angetriebenen Fahrzeugen gleichbehandelt werden.“</p>

Frage 8: Sollen bis 2030 doppelt so viele Gebäude saniert werden wie aktuell geplant?

Forderung der Klima-Allianz Deutschland: „Lösen Sie die geplante europäische Sanierungswelle tatsächlich aus und verdoppeln Sie die Sanierungsrate europäischer Gebäude bis 2030. Die Einführung gebäudescharfer Mindesteffizienzstandards für Wohngebäude durch eine erneute Novelle der EU-Gebäuderichtlinie ist die erfolgversprechendste Maßnahme, um dieses Ziel zu erreichen. Entwickeln Sie Lösungen, die finanziell schwächere Mieter*innen und Eigentümer*innen schützen und Energiearmut bekämpfen.“

Kriterien: Benennung der Problematik / Konkrete Zielzahl für Sanierungen / Nennung konkreter Maßnahmen / Fokus auf schlecht sanierte Gebäude

Linke	Grüne	SPD	FDP	CDU/CSU	AfD
<p>S. 26: „Bei der Novelle der EU-Gebäuderichtlinie (EPBD) unterstützen wir EU-Mindestenergiestandards (MEPS), bei denen die Gebäude zuerst saniert werden müssen, die den schlechtesten Energiestandard haben und am schlechtesten gedämmt sind. In schlecht sanierten Häusern leben überdurchschnittlich viele Gering- und Durchschnittsverdienende. Bei solchen Sanierungen kann die Verringerung der Treibhausgase ganz praktisch mit Alltagsverbesserung für diejenigen verbunden werden, die es am meisten brauchen. [...] Wir wollen einen EU-Fonds für die Wärmewende schaffen, auf den Kommunen zugreifen können und damit vor Ort gemeinsam mit den Bürger*innen kommunale Wärmeplanung und energetische Sanierungen durchführen und unterstützen können.“</p> <p>S. 27: „Der sozialökologische Umbau von Stadtvierteln ist eine Klassenfrage, denn die grünen Stadtviertel sind die Viertel der Reichen. Deshalb muss der Fokus von Sanierung und Förderpolitik auf Vierteln mit vielen Sozialwohnungen liegen.“</p>	<p>S. 13: „Erneuerbare Energien garantieren den Menschen, dass sie ihre Wohnungen auch zukünftig bezahlbar heizen können. Deshalb unterstützen wir die Weiterentwicklung der europäischen Anforderungen an die Effizienz von Gebäuden und Heizungen, um insbesondere Gebäude in energetisch schlechtem Zustand schnell und günstig von der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern zu befreien und die langfristige Bezahlbarkeit zu sichern. Hohe energetische Standards für Neubauten sind hierbei ein weiterer wichtiger Baustein. Bei der Sanierung von Bestandsbauten wollen wir durch gezielte Investitionen die Wohnkosten senken. Wir setzen dabei vor allem auf Beratung sowie sozial gestaffelte und ausreichend große finanzielle Anreize.“</p>	<p>S. 10: „Wir unterstützen ausdrücklich die in der letzten europäischen Legislaturperiode begonnenen Initiativen, den Gebäudebestand in Europa fit für die Klimaziele 2030 bzw. 2045 zu machen. Energieeffiziente Wohngebäude sind gut für den Schutz des Klimas ebenso wie zur mittel- und langfristigen Senkung der Wohn- und Mietnebenkosten für alle Bürgerinnen und Bürger. Der Beurteilungsmaßstab für die Klimabilanz sollte jedoch immer das ganze Quartier oder die Gemeinde sein und nicht das einzelne Gebäude. Gleichzeitig lehnen wir jegliche Form von individuellen Sanierungspflichten für die Bürgerinnen und Bürger ab. Die Mitgliedsstaaten, die Kommunen und große Immobilienunternehmen sollten hier voranschreiten. Besitzerinnen und Besitzer sowie Vermieterinnen und Vermieter von Einfamilienhäusern oder Wohnungen müssen dabei unterstützt werden, den Weg bis 2050 selbstbestimmt und souverän zu gehen.“</p> <p>S. 11: „Mit Instrumenten wie dem Just Transition Fund und dem Social Climate Fund sowie der Renovation Wave und der guten Umsetzung der europäischen Struktur- und Investitionsfonds wollen wir sicherstellen, dass alle Bürgerinnen und Bürger von einer grünen und nachhaltigen Zukunft profitieren. Wir werden diese Mittel zum Beispiel für energetische Sanierungen, den Ausbau von Ladeinfrastruktur für Elektromobilität und von öffentlichen Verkehrsmitteln in unterversorgten Gebieten nutzen.“</p>	<p>S. 18: „Der ETS 2 führt dazu, dass kostengünstig dort saniert wird, wo die CO₂-Vermeidungskosten am geringsten sind. Wir wollen sicherstellen, dass die dadurch erlangte Technologieoffenheit nicht durch andere Regulierungen gefährdet wird. Daher lehnen wir zusätzliche ordnungsrechtliche Maßnahmen wie die europäische Gebäudeeffizienzrichtlinie (EPBD) oder die CO₂-Flottengrenzwer te strikt ab.“</p>	<p>Keine Erwähnung</p>	<p>S. 34-35: „Die AfD kämpft gegen die Bestrebungen der EU, ab 2030 nur noch den Bau von sogenannten klimaneutralen Wohnhäusern zu erlauben. Ebenso weisen wir das unrealistische Ziel zurück, den kompletten Gebäudebestand in der EU mittelfristig emissionsfrei umzugestalten. Die EU will Ausnahmen nur noch für historische Gebäude, Kirchen und Verteidigungsanlagen zulassen. Diese EU-Agenda missachtet den Wunsch der Bürger nach bedarfsgerechtem und kostengünstigem Wohnraum. Die AfD lehnt eine EU-weite Solarpflicht auf den Dächern von neuen und sanierten Wohnhäusern sowie von Industrieanlagen ab. Mit der AfD gibt es keine EU-Sanierungspflicht für angeblich ineffiziente Gebäude.“</p>

Legende

vollkommen

eher

teilweise

eher nicht

gar nicht / keine Nennung

Frage 9: Soll der Umstieg auf klimaschonendes Heizen gefördert werden?

Forderung der Klima-Allianz Deutschland: „Bringen Sie einen früheren Ausstieg aus der fossilen Wärmeerzeugung in der EU voran. Das in der EU-Gebäuderichtlinie definierte Aus für fossile Brennstoffe ab 2040 ist ungenügend, um die selbstgesteckten Klimaschutzziele zu erreichen. Setzen Sie dabei nicht auf die umfangreiche Nutzung von Wasserstoff für Gebäudewärme; sie ist eine Scheinlösung, mit der das Ziel einer sicheren und bezahlbaren Energieversorgung nicht zu erreichen ist.“

Kriterien: Benennung der Problematik / Nennung konkreter Maßnahmen / Ausschluss von grünem Wasserstoff für Heizen

Linke	Grüne	SPD	FDP	CDU/CSU	AfD
<p>S. 26: „Die Wärmewende muss vor Ort gemeinschaftlich umgesetzt werden und ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Die Kommunen erarbeiten Wärmepläne und setzen Lösungen auf Siedlungsebene um – mit Wärmenetzen, die von Genossenschaften oder Stadtwerken betrieben werden. Der Fokus der Wärmewende muss auf Wärmepumpen und Wärmenetzen liegen. „Grüner Wasserstoff“ ist im Wärmebereich ineffizient und teuer und kann deshalb keine Lösung sein.“</p> <p>S. 51: „ETS-2 macht Gasheizungen zur Kostenfalle für die Verbraucher*innen. Es braucht nach Einkommen gestaffelte Förderprogramme, die sicherstellen, dass Haushalte mit niedrigerem und mittlerem Einkommen keine Mehrkosten beim Austausch ihrer Heizung mit einer Wärmepumpe haben. Aus Klimaschutzgründen muss in ganz Europa das Heizen mit Erdgas, Kohle, Öl und Torf beendet werden. Hierfür muss die EU über die Ökodesignrichtlinie verbindliche Vorgaben für den Gasheizungsaustausch machen, Planungssicherheit schaffen und ein soziales Finanzierungsprogramm auflegen. [...] Durch ein massives Förderprogramm müssen Stadtwerke, kommunale Energieversorger und genossenschaftliche Initiativen beim Aufbau von Wärmenetzen unterstützt werden. [...] Es gibt vielfältige Lösungen für die Wärmewende: Wärmepumpen für Einfamilienhäuser, Nah- und Fernwärmenetze in verdichteten urbanen Räumen. Für Lösungen auf Quartiers- und Siedlungsebene, statt Haus für Haus Konzepte zu entwickeln, braucht es verpflichtend kommunale Wärmeplanung in der ganzen EU und ein massives Förderprogramm! Wasserstoff kann im Wärmebereich keine flächendeckende Lösung darstellen – Wasserstoff ist in diesem Fall energetisch ineffizient und zu teuer.“</p>	<p>S. 8: „Dazu brauchen wir in den nächsten Jahren überall in Europa eine Steigerung der Energieeffizienz und eine Dekarbonisierung im Verkehr, in der Industrie und in der Wärmeversorgung, massive Investitionen in den Ausbau von Windkraft-, Photovoltaik-, Solar- und Geothermieanlagen, Energiespeichern aller Art sowie Abwärmenutzung und Wärmepumpen. In Zukunft wollen wir dabei noch stärker europäisch zusammenarbeiten, um die notwendigen Vorgaben kontinuierlich im Gleichklang weiterzuentwickeln.“</p> <p>S. 12: „Da die Produktionskapazitäten erst aufgebaut werden müssen, wird Wasserstoff vorerst ein sehr knapper Rohstoff bleiben. Zur Senkung der CO₂-Emissionen setzen wir daher vorrangig auf Energieeffizienz und die Elektrifizierung von Antrieben, Produktionsprozessen und Heizungen, da sich grüner Strom so am effizientesten nutzen lässt.“</p> <p>S. 13: „Erneuerbare Energien garantieren den Menschen, dass sie ihre Wohnungen auch zukünftig bezahlbar heizen können. Deshalb unterstützen wir die Weiterentwicklung der europäischen Anforderungen an die Effizienz von Gebäuden und Heizungen, um insbesondere Gebäude in energetisch schlechtem Zustand schnell und günstig von der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern zu befreien und die langfristige Bezahlbarkeit zu sichern.“</p>	Keine Erwähnung	Keine Erwähnung	Keine Erwähnung	<p>S. 40: „Das geplante Verbot von Öl- und Gasheizungen ist ein schwerer Eingriff in die Eigentums- und Grundrechte der Bürger, den die AfD politisch bekämpft.“</p> <p>S. 50: „Unsere Forderungen lauten daher: Marktverzerrungen beenden, Technikverbote (Verbrennungsmotor, Öl-/Gasheizung) abschaffen.“</p>

III Wirtschaft und Soziales

Frage 10: Soll die EU die Umstellung auf Kreislaufwirtschaft und eine klimaneutrale Industrie stärker fördern?

Forderung der Klima-Allianz Deutschland: „Entwickeln Sie eine industriepolitische Strategie, die das Potenzial der Kreislaufwirtschaft für die Minderung von Industrie-Emissionen entlang der wichtigsten Wertschöpfungsketten nutzt und grüne Leitmärkte schafft. Bringen Sie Finanzierungsinstrumente wie Klimaschutzverträge voran, damit Investitionen in klimaneutrale Industrieprozesse zeitnah möglich werden. Die Zahlung öffentlicher Mittel an Unternehmen muss dabei an 1,5-Grad-konforme Transformationspläne geknüpft sein.“

Forderung des NABU: „Nur eine klimafreundliche Industrie ist unabhängig von geopolitischen Konflikten und kann unsere Jobs und unseren Wohlstand garantieren. Darum muss die EU mit zusätzlichen öffentlichen Investitionen den klima- und umweltfreundlichen Umbau der Wirtschaft und Industrie vorantreiben. Deswegen: Umweltschädliche Subventionen abbauen und Kreislaufwirtschaft, Defossilisierung sowie soziale und ökologische Aspekte in die Industriepolitik integrieren, und den Europäischen *Green Deal* weiterentwickeln und mit mehr Geld ausstatten.“

Kriterien: Benennung der Problematik / Nennung konkreter Finanzierungsinstrumente für klimaneutrale Industrie / Unterstützung der Kreislaufwirtschaft

Linke	Grüne	SPD	FDP	CDU/CSU	AfD
<p>S. 38: „Subventionen und Investitionshilfen für eine CO2-freie Industrie müssen an soziale Bedingungen für gute Arbeit, Tarifreue, konkrete Beschäftigungszahlen, Ausbildungsquoten und Standortgarantien geknüpft werden. [...] Industrieförderungen müssen an klare soziale, ökologische und arbeitsrechtliche Kriterien gebunden werden.“</p> <p>S. 39: „Die Linke fordert die Gründung einer europäischen Industriestiftung. Finanziert durch die Europäische Investitionsbank (EIB) soll die Stiftung gezielt</p>	<p>S. 11: „Die Energiewende sowie die Dekarbonisierung in der Industrie ist unsere Priorität. Dieser Schwerpunkt wird sich auch in der Förderung abbilden. Wir wollen einen europaweit einheitlichen Regelungsrahmen, einschließlich eines verbindlichen Haftungsrechts, dafür schaffen [...]“</p> <p>S. 13: „Wir wollen daher ab 2028 ein großes Investitionsprogramm für Innovation, Souveränität und Resilienz mit drei klaren Zielen schaffen: Erstens wollen wir, dass Europa im Rahmen der Infrastrukturunion durch starke gemeinsame Infrastrukturen weiter zusammenwächst – mit einem voll ausgebauten, integrierten und an die sich verschärfende Klimakrise angepassten europäischen Schienen-, Strom- und Wasserstoffnetz. Zweitens wollen wir überall in Europa den klimaneutralen Umbau der Industrie genauso wie den Aufbau der Industrien von morgen fördern.“</p> <p>S. 14-15: „Unter anderem deshalb wollen wir die Unternehmen mit einem europäischen Programm zur Dekarbonisierung der Industrie unterstützen. Dazu wollen wir einen EU-weiten Einsatz von Klimaschutzverträgen (Carbon Contracts for Difference) aus dem EU-Haushalt finanzieren und somit in einem Auktionsverfahren diejenigen Unternehmen finanziell fördern, die möglichst schnell und kosteneffizient ihre Produktion klimaneutral umrüsten und dabei am meisten CO₂ einsparen. Dabei</p>	<p>S. 5: „Wir wollen eine aktive Industriepolitik, die massiv in klimaneutrale Zukunftstechnologien, in eine sichere Energieversorgung, Infrastruktur und Innovation investiert.“</p> <p>S. 6: „Wir wollen die europäische Industriestrategie (Green Deal Industrial Plan) als Teil einer umfassenden Standort- und Resilienzstrategie weiterentwickeln und strategisch auf die Zukunft und die neuen Rahmenbedingungen im globalen Wettbewerb ausrichten. Wir werden darauf achten, dass die EU-Kommission und die Mitgliedsstaaten weite Teile der Wirtschaft,</p>	<p>S. 7: „Wir fordern einen neuen Anlauf für ein Freihandelsabkommen mit den USA. Mit Blick auf eine mögliche Wiederwahl Donald Trumps wollen wir zumindest mit der jetzigen US-Regierung sektorale Abkommen abschließen, beispielsweise in den Bereichen kritische Rohstoffe und Metalle oder Industriezölle. [...] Die wichtigsten Ziele für ein neues Abkommen</p>	<p>S. 9: „Wir treten für eine Überprüfung der Taxonomie und des Green Deals auf Praxistauglichkeit und auch im Hinblick auf den internationalen Wettbewerb ein. [...] Maßnahmen hin zu einem nachhaltigeren Wirtschaftsmodell müssen praxisnah ausgestaltet werden und dürfen die wirtschaftliche Dynamik nicht ausbremsen.“</p> <p>S. 12-13: „Wir stehen zum Ziel der Klimaneutralität in Europa bis 2050. Auf dem Weg dorthin setzen wir auf innovative Konzepte und auf marktbasierende Instrumente: mit Emissionshandel, mit sozialem Ausgleich, mit dem Ausbau Erneuerbarer Energien, mit</p>	<p>S. 24: „Planwirtschaftliche Markteingriffe mit Subventionen nach Maßgabe einer „sozialökologischen Transformation“ und das Verbot erfolgreicher Industriezweige stellen eine enorme Gefahr für Wohlstand, Freiheit und die Versorgungssicherheit der Mitgliedstaaten dar.“</p>

Legende

vollkommen

eher

teilweise

eher nicht

gar nicht / keine Nennung

<p>Anteile an Unternehmen erwerben, die eine Schlüsselrolle in der Transformation einnehmen und den klimaneutralen Umbau steuern.“ S. 41: „Wir denken Klimaschutz und die Reduktion metallischer Rohstoffe zusammen: Wir treiben die Mobilitätswende voran [...] und bauen eine europäische Kreislaufwirtschaft auf.“ S. 42: „Die Rohstoffwende kann nur gelingen, wenn mehr genutzte Ressourcen wieder in die Produktion eingespeist werden und so eine Kreislaufwirtschaft entsteht. Wir wollen raus aus der Wegwerfgesellschaft und rein in die Kreislaufwirtschaft, dafür benötigen wir strengere Vorgaben für Haltbarkeit.“</p>	<p>wollen wir alle Industriesektoren in den Blick nehmen. Zusätzlich wollen wir europäische grüne Leitmärkte für einige besonders energieintensive Produkte aus klimaneutraler Produktion wie etwa grünen Stahl schaffen. Dafür wollen wir beispielsweise bei öffentlichen Aufträgen eine Mindestquote von grünem Stahl vorschreiben, die stetig ansteigt. [...] Schließlich wollen wir auch für die Umstellung von Produktionsprozessen auf klimaneutrale Verfahren die Planungs- und Genehmigungsverfahren erheblich beschleunigen. [...] Gerade für die grünen Zukunftstechnologien muss die EU-Kommission deshalb einen dauerhaften neuen Beihilferahmen schaffen, der den Mitgliedstaaten eine aktivere, europäisch koordinierte Industriepolitik ermöglicht und dabei zugleich Wettbewerbsverzerrungen verhindert. Dazu gehören schnellere Planungssicherheit bei Beihilfeverfahren sowie Ausnahmen für die Unterstützung von neuen Produktionsanlagen in den Zukunftstechnologien und bei der Umstellung von Produktionsprozessen auf Klimaneutralität und Kreislaufwirtschaft.“ S. 23: „Für die Stärkung innovativer Start-ups und klimafreundlicher Industrie, gerade in grenzüberschreitenden Regionen, möchten wir den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) ausbauen und verstärkt nutzen.“ S. 28: „Für mehr Rohstoffsicherheit und Umweltschutz wollen wir zeitnah noch offene Gesetzesvorhaben aus dem Green Deal und den Aktionsplan für eine Kreislaufwirtschaft umsetzen – unter Einhaltung der Abfallhierarchie. Dabei setzen wir auf ambitionierte Vermeidungs-, Wiederverwendungs- und Rezyklateinsatzziele sowie mehr Ecodesign statt Downcycling.“</p>	<p>Zivilgesellschaft und insbesondere Gewerkschaften in die Weiterentwicklung der europäischen Wirtschafts- und Industriepolitik einbeziehen. [...] Wir wollen die Industrie dabei unterstützen, den Wandel hin zu klimaneutralen und kreislaufbasierten Verfahren zu vollziehen. Dabei stehen für uns sowohl die Grundstoffindustrien im Fokus als auch Fertigungsbranchen wie zum Beispiel die Leitbranche Automobilindustrie.“ S. 8: „Mit dem Aufbau einer europäischen Kreislaufwirtschaft im industriellen Maßstab können wir die Effizienz in der Produktion weiter optimieren, den CO2-Fußabdruck senken und uns unabhängiger vom Import machen.“</p>	<p>müssen sein, Industriezölle sowie Markt-zugangsbarrieren insbesondere für Zukunftstechnologien abzuschaffen und gemeinsame Standards festzulegen, besonders mit Blick auf Dekarbonisierung, Digitalisierung und Kreislaufwirtschaft.“</p>	<p>Energieeffizienz und mit einer Kreislaufwirtschaft. Zudem ist unser Ziel, Investitionen in Innovationen für saubere Technologien freizusetzen. Wir wollen diese unterstützen und mehr strategische Souveränität im Feld der Zukunftstechnologien. So wollen wir den Green Deal im Sinne einer größeren Wirtschaftsfreundlichkeit weiterentwickeln. Mit innovativen Technologien wird Europa beispielgebend für den internationalen Klimaschutz. [...] Kreislaufwirtschaft umfasst neben der Weiterverwertung von Abfall auch die zirkuläre Nutzung von Wasser und Wärme. Wir wollen Stoffkreisläufe schließen und die Langlebigkeit von Produkten verbessern.“</p>	
--	--	--	--	---	--

Frage 11: Soll es eine europäische Förderung für grünen Wasserstoff und Wasserstoffinfrastruktur geben?

Forderung der Klima-Allianz Deutschland: „Die finanzielle Förderung und Verwendung von grünem Wasserstoff und *E-Fuels* sollten an Nachhaltigkeitskriterien geknüpft und auf Sektoren beschränkt werden, in denen es keine energieeffizienteren und kostengünstigeren direktelektrischen Alternativen gibt. [...] Stellen Sie durch den Ausbau fairer Klima- und Energiepartnerschaften etwa im Bereich grüner Wasserstoff und erneuerbare Energien den Ländern des Globalen Südens mehr finanzielle und technische Unterstützung zur Verfügung. Fördern Sie in diesen Partnerschaften den Aufbau lokaler Wertschöpfungsketten und verbessern Sie den Energiezugang für die Bevölkerung vor Ort. Menschen in den Partnerregionen müssen aktiv in Entscheidungsprozesse in den Partnerschaften einbezogen werden und durch diese Partnerschaften konkrete Vorteile genießen.“

Kriterien: Benennung der Problematik / Förderung von grünem Wasserstoff als Ersatz für fossile Brennstoffe für Bereiche ohne effizientere direktelektrische Alternativen / Bevorzugung von grünem gegenüber blauem Wasserstoff

Linke	Grüne	SPD	FDP	CDU/CSU	AfD
<p>S.52: „Wasserstoff und dessen Folgeprodukte sollen nur auf Basis von Ökostrom gewonnen werden. Sie dürfen nur dort eingesetzt werden, wo keine effizienteren Alternativen vorhanden sind. [...] Den Import und die Förderung von Wasserstoff aus Atomkraft oder fossilen Quellen lehnen wir ab.“</p> <p>S. 53: „Erdgasbestandsnetze wollen wir umrüsten und neue Wasserstoffnetze in öffentlicher Hand ausbauen und betreiben.“</p>	<p>S. 9: „Wir können und werden das fossile Modell vollständig durch erneuerbare Energien kombiniert mit grünem Wasserstoff ersetzen.“</p> <p>S.11: „Wir wollen dafür sorgen, dass Europa Vorreiterin in der Wasserstoffwirtschaft wird. Um die derzeit recht hohen Kosten und Effizienzverluste bei der Wasserstoffproduktion und dem Transport zu senken, unterstützen wir auch weiterhin die Erforschung und Entwicklung in diesem Technologiebereich. Mit Instrumenten wie Klimaschutzverträgen und einem umfassenden Investitionsprogramm sorgen wir für einen schnellen Hochlauf der Produktion dieser Schlüsseltechnologie.“</p> <p>S. 13: „Wir wollen daher ab 2028 ein großes Investitionsprogramm für Innovation, Souveränität und Resilienz mit drei klaren Zielen schaffen: Erstens wollen wir, dass Europa im Rahmen der Infrastrukturunion durch starke gemeinsame Infrastrukturen weiter zusammenwächst – mit einem voll ausgebauten, integrierten und an die sich verschärfende Klimakrise angepassten europäischen Schienen-, Strom- und Wasserstoffnetz.“</p>	<p>S. 6: „Wir wollen die Industrie dabei unterstützen, den Wandel hin zu klimaneutralen und kreislaufbasierten Verfahren zu vollziehen. Dabei stehen für uns sowohl die Grundstoffindustrien im Fokus als auch Fertigungsbranchen wie zum Beispiel die Leitbranche Automobilindustrie. Wir wollen diese Branchen in ihren Innovationsanstrengungen unterstützen, von denen auch Innovationswirkungen in den Rest der Wirtschaft ausgehen können. Insbesondere in Bereichen wie grüner Wasserstoff, Batterietechnologie, Elektromobilität, Wind- und Solarkrafttechnologien und Biotechnologie sehen wir große strategische Potenziale für den europäischen Markt.“</p> <p>S. 9: „Wir setzen uns dafür ein, dass die Planung und Genehmigung der Anlagen und Infrastrukturen für das klimaneutrale Zeitalter so einfach und unbürokratisch wie möglich werden. Dabei treiben wir auch den Aufbau eines europäischen Markts für grünen Wasserstoff voran. [...] Wir wollen den Ausbau von erneuerbaren Energien in den Partnerländern unterstützen und einen weltweiten Handel mit Wasserstoff etablieren.“</p>	<p>S. 14: „Unsere Antwort ist eine gemeinsame Energieaußenpolitik, die Energiepartnerschaften mit zuverlässigen Ländern herstellt. Insbesondere mit Israel streben wir eine Wasserstoffpartnerschaft an. Daher unterstützen wir die Pläne zum Bau einer Pipeline von Israel durch das Mittelmeer bis an den europäischen Kontinent.“</p> <p>S. 19: „Wasserstoff und synthetische Kraftstoffe bieten große Chancen als Energiespeicher der Zukunft. Regulatorische und bürokratische Hürden, die den schnellen Wasserstoffhochlauf behindern, müssen abgebaut werden. Wir wollen eine Zwangs-entflechtung von Gas- und Wasserstoffnetzbetrieb verhindern, denn dies würde den Infrastruktur-umbau massiv behindern.“</p>	<p>S. 13: „Beim Wasserstoff benötigen wir einen zügigen Hochlauf der europäischen und internationalen Produktion und eine funktionierende Transportinfrastruktur mit einem grenzüberschreitenden Pipeline-netz. Wir stehen für eine ambitionierte und zügige Umsetzung der EU-Wasserstoffstrategie. Um den notwendigen künftigen Bedarf an Wasserstoffimporten zu sichern, wollen wir mehr Energiepartnerschaften mit verlässlichen Partnern aufbauen.“</p>	<p>Keine Erwähnung</p>

Frage 12: Soll der Emissionshandel so ausgestaltet werden, dass er einen effektiven und planbaren Beitrag zur Emissionssenkung leistet?

Forderung der Klima-Allianz Deutschland: „Für den Emissionshandel im Verkehrs- und Gebäudesektor (ETS II) fordern wir eine den Klimazielen entsprechende Deckelung der Emissionen sowie einen Mindestpreis, der zusammen mit entsprechenden sozialen Ausgleichsmaßnahmen eingeführt werden muss. Außerdem schlagen wir vor, einen Höchstpreis zu prüfen. [...] Nutzen Sie durch den ETS II eingenommene Mittel für sozial gerechte Investitionen und Förderprogramme in klimafreundliches Heizen, Kühlen und Mobilität, damit auch Menschen mit wenig Geld ein klimafreundliches Leben führen können.“

Kriterien: Benennung der Problematik / Unterstützung des Emissionshandels für Emissionssenkung / Konkrete Maßnahmen, z.B. Mindestpreis oder Deckelung / Kombination mit Ordnungsrecht oder Förderprogrammen für bessere Planbarkeit

Linke	Grüne	SPD	FDP	CDU/CSU	AfD
<p>S. 49: „Der Emissionshandel wurde auf den Verkehr- und Wärmebereich ausgedehnt – das wird die Menschen in der EU noch stärker belasten. Der Emissionshandel geht an dem Problem vorbei, dass die meisten Emissionen von Konzernen und Menschen mit viel Geld verursacht werden. Die Linke setzt auf klare Vorgaben und will nachhaltige Alternativen stärker fördern: mit öffentlichem Geld, das dann auch zu öffentlichem Eigentum und Beteiligungen führt.“</p> <p>S. 50: „Die Linke will den EU-Emissionshandel (ETS 1) so reformieren, dass die Menge der Zertifikate auf das CO₂-Restbudget der EU begrenzt wird, um die Pariser Ziele zu erreichen. Die energieintensive Industrie bekommt noch zehn Jahre kostenlose Emissions-berechtigungen. Das ist zu lange! Die Gratiszertifikate müssen so schnell wie möglich abgeschmolzen werden – im Gegenzug muss der EU-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) entsprechend angepasst werden.“</p> <p>S. 51: „Der Emissionshandel soll nach Beschluss der EU auf die Sektoren Wärme und Verkehr (ETS-2) ausgedehnt werden. Wir lehnen das ab: Stattdessen müssen verbindliche Klimaziele und Emissionsgrenzen gesetzt werden.“</p>	<p>S. 14: „Immer mehr Unternehmen investieren massiv in eine Umstellung ihrer Produktion. Dafür muss die Politik den Rahmen schaffen: einen klaren Reduktionspfad im europäischen Emissionshandel. Wir füllen ihn durch einen massiven Ausbau der erneuerbaren Energien und der Infrastruktur für Strom und grünen Wasserstoff mit Leben, damit genug grüne Energie zu wettbewerbsfähigen Preisen überall in Europa zur Verfügung steht. Bis das in ausreichendem Maß der Fall ist, wollen wir insbesondere mit geeigneten, an den Einsatz von erneuerbarem Strom geknüpften, Maßnahmen sicherstellen, dass auch energieintensive Unternehmen weiterhin in der EU produzieren können und den Übergang zur Klimaneutralität schaffen.“</p> <p>S. 32: „Durch die Einbeziehung des Schiffsverkehrs in den EU-Emissionshandel erreichen wir eine verbindliche Emissionsminderung.“</p>	<p>S. 11: „Wir wollen, dass die größten Verursacher von Emissionen für die Folgekosten des Klimawandels aufkommen. Deshalb werden wir das Europäische Emissionshandelssystem als einen der größten Hebel zur Senkung der EU-Emissionen weiter stärken. Der Europäische Emissionshandel II für Gebäude und Verkehr ab 2027 muss so weiterentwickelt werden, dass CO₂-Preise besser berechenbar sind und die Risiken mit Investitionen in zukunftsfähigen Technologien somit reduziert werden.“</p>	<p>S. 18: „Der ETS 2 führt dazu, dass kostengünstig dort saniert wird, wo die CO₂-Vermeidungskosten am geringsten sind. Wir wollen sicherstellen, dass die dadurch erlangte Technologie-offenheit nicht durch andere Regulierungen gefährdet wird. Daher lehnen wir zusätzliche ordnungsrechtliche Maßnahmen wie die europäische Gebäudeeffizienzrichtlinie (EPBD) oder die CO₂-Flottengrenzwerte strikt ab.“</p>	<p>S. 12: „Wir stehen zum Ziel der Klimaneutralität in Europa bis 2050. Auf dem Weg dorthin setzen wir auf innovative Konzepte und auf marktbasierende Instrumente: mit Emissionshandel, mit sozialem Ausgleich, mit dem Ausbau Erneuerbarer Energien, mit Energieeffizienz und mit einer Kreislaufwirtschaft.“</p> <p>S. 13: „Zudem muss direkte CO₂-Abscheidung aus der Luft mit ersten ambitionierten Pilotprojekten und der Integration in den Emissionshandel unterstützt werden.“</p>	<p>S. 27: „Die AfD lehnt jede Form der CO₂-Bepreisung – sei es über den CO₂-Zertifikathandel oder über eine direkte CO₂-Steuer – sowie den geplanten Grenzausgleichsmechanismus strikt ab.“</p> <p>S. 41: „Wir wollen keine EU-Grenzwerte, die Klimalobbyisten gegen die elementarsten Interessen Deutschlands durchsetzen können. Wir stehen klar für eine vernunft- basierte Grenzwertdiskussion: Maßnahmen müssen sachlich begründet, sinnvoll, bezahlbar und durchführbar sein!“</p> <p>S. 42: „Konkret sind unsere Forderungen: Abschaffung des EU-Emissionshandels und kein „CO₂-Ausgleich“ an den EU-Außengrenzen.“</p>

Frage 13: Sollen Einnahmen aus dem europäischen Emissionshandel an Bürger*innen rückverteilt werden, beispielsweise durch ein Klimageld?

Forderung der Klima-Allianz Deutschland: „Verhindern Sie, dass Personen und Haushalte mit geringem Einkommen durch den ETS II unzumutbar belastet werden. Nutzen Sie durch den ETS II eingenommene Mittel für sozial gerechte Investitionen und Förderprogramme in klimafreundliches Heizen, Kühlen und Mobilität, damit auch Menschen mit wenig Geld ein klimafreundliches Leben führen können. Steigern Sie den Umfang des Klima-Sozialfonds ohne Deckelung proportional zum CO₂-Preis im ETS II. Stellen Sie die Weichen für die Auszahlung eines Klimagelds aus ETS-II-Einnahmen und prüfen Sie die Einführung eines europäischen Klimagelds.“

Kriterien: Benennung der Problematik / Befürwortung eines sozialen Ausgleichs im Emissionshandel / Unterstützung der Rückverteilung von Emissionshandelseinnahmen an Bürger*innen / Ausweitung des Klimasozialfonds

Linke	Grüne	SPD	FDP	CDU/CSU	AfD
<p>S. 26: „Die Einbeziehung des Gebäudesektors in den Europäischen Emissionshandel ETS 2.0 lehnen wir ab, denn eine pauschale Bepreisung ist sozial ungerecht. Mieter*innen haben keinen Einfluss auf Heizung und Sanierung ihrer Wohnung. Der vorgeschlagene Klimasozialfonds ist zu niedrig ausgestattet und muss aufgestockt werden. Die Gelder wollen wir für die Ausweitung des gemeinnützigen Wohnungssektors einsetzen.“</p> <p>S. 51: „Die Linke fordert mehr Geld für den Klimasozialfonds, um Ungerechtigkeit durch Preissteigerungen auszugleichen. Die Kopplung an das ETS-2 lehnen wir ab. In Deutschland fordern wir ein Klimageld als Direktzahlung zur Unterstützung für Haushalte mit kleinem und mittlerem Einkommen.“</p> <p>S. 56: „Verkehr soll nicht in den Emissionshandel (ETS 2.0) einbezogen werden. Auch eine pauschale Bepreisung von CO₂ im Individualverkehr lehnen wir ab. Das trifft diejenigen, die auf ihr Auto angewiesen sind und oft keine Alternative haben, und ist deshalb sozial ungerecht. Der Klimasozialfonds ist viel zu gering, um das abzufedern: Das vorhandene Geld sollte vor allem für einkommensärmere Haushalte benutzt werden, die auf ihr Auto angewiesen sind.“</p>	<p>S. 12: „Mit dem Klimasozialfonds, der primär aus dem Emissionshandel gespeist wird, geben wir den Mitgliedstaaten die Mittel an die Hand, das umzusetzen. Dabei werden Leistungen für Menschen finanziert, die besonders von steigenden Energie- und Transportkosten betroffen sind. Der neue europäische Emissionshandel für Gebäude und Wärme wird Mehreinnahmen bringen. Wir wollen deshalb, dass die Mitgliedstaaten mit diesen Einnahmen – wie etwa schon in Österreich mit dem Klimabonus – ein Klimageld pro Kopf auszahlen. Wir werden evaluieren, wie dieses dauerhaft sozial gerecht ausgestaltet werden kann.“</p>	<p>S. 11: „Mit Instrumenten wie dem Just Transition Fund und dem Social Climate Fund sowie der Renovation Wave und der guten Umsetzung der europäischen Struktur- und Investitionsfonds wollen wir sicherstellen, dass alle Bürgerinnen und Bürger von einer grünen und nachhaltigen Zukunft profitieren.“</p>	Keine Erwähnung	<p>S. 12: „Wir stehen zum Ziel der Klimaneutralität in Europa bis 2050. Auf dem Weg dorthin setzen wir auf innovative Konzepte und auf marktbasierende Instrumente: mit Emissionshandel, mit sozialem Ausgleich, mit dem Ausbau Erneuerbarer Energien, mit Energieeffizienz und mit einer Kreislaufwirtschaft.“</p>	Keine Erwähnung

Frage 14: Sollen Kommunen und Regionen in der EU mehr finanzielle Förderung bekommen, um klimaneutral zu werden und sich an Klimafolgen anzupassen?

Forderung der Klima-Allianz Deutschland: „Weiten Sie die bedarfsgerechte Unterstützung für Mitgliedstaaten, Regionen und Unternehmen in der Transformation aus. Dazu gehört, vorhandene Förderinstrumente wie den *Just Transition Fund* oder den Innovationsfonds auf EU-Ebene zu stärken und weitere aufzusetzen. [...] Fördern Sie die Klimaanpassung von Städten und Kommunen auf EU-Ebene. Hitze in Städten etwa hat gravierende gesundheitliche Folgen, besonders für Menschen mit Behinderung, Kinder, chronisch kranke oder ältere Menschen. Deren Perspektiven sind für wirksame Anpassung besonders wichtig. Stärken Sie dafür systematisch die finanzielle und politische Handlungsfähigkeit von Städten und Kommunen, damit sie erprobte Methoden wie den Umbau zu begrünten Schwammstädten, Entsiegelung oder Hitzekonzepte zum Schutz der Bevölkerung umsetzen können.“

Kriterien: Benennung der Problematik / Nennung konkreter Finanzierungsinstrumente / Förderung für Transformation / Förderung für Klimaanpassung

Linke	Grüne	SPD	FDP	CDU/CSU	AfD
<p>S. 8: „Wir streiten für eine Investitionsoffensive, die Europa zukunftsfähig macht, die den Alltag für die Menschen in strukturschwachen und benachteiligten Regionen in Ost und West besser macht, den Umbau der Industrie schafft und unsere Kommunen stärkt: mehr und verlässlicher Bus- und Schienenverkehr, ÖPNV zum Nulltarif, erneuerbare Energien, starke regionale Wirtschaft mit guten Löhnen und kürzeren Transportwegen. So schaffen wir soziale Sicherheit im Wandel – und Millionen gut bezahlter Industriearbeitsplätze mit Zukunft!“</p> <p>S. 20: „Wir wollen Strukturmittel der EU gezielt für den sozialökologischen Umbau (europäischer Green New Deal) einsetzen, um die Menschen und Regionen in der Konversion zu unterstützen: Umbau von Wirtschaft und Verkehr, von Energie und Landwirtschaft.“</p> <p>S. 23: „Die Fördermittel der EU sind bisher an Mitfinanzierung der Kommunen gebunden. Damit können Kommunen mit Finanzproblemen – die besonders auf die Förderung angewiesen sind – weniger Mittel beantragen als finanzstarke Kommunen. Wir wollen das umkehren: Kommunen in der Krise und in Haushaltssicherung sollen bevorzugt Anträge stellen können.“</p> <p>S. 40: „Der sozialökologische Umbau der Industrie betrifft die europäischen Regionen</p>	<p>S. 36: „Um die Folgen der Klimakrise stemmen zu können, wollen wir die Finanzmittel für die Klimaanpassungsstrategie der EU aufstocken, inklusive eines europäischen Hitzeaktionsplans für sektorübergreifende Maßnahmen, von Warnstufen bis zu infrastrukturellen Anpassungen. Der Ausbau des europäischen Katastrophenschutzes ist notwendig, um die zunehmenden Extremereignisse zu bewältigen. Wir setzen uns ein für den Umbau hin zu einer klimaresilienten Wasserinfrastruktur und einem naturverträglichen Hochwasserschutz. Das Risiko von Überflutungen durch Starkregenereignisse reduzieren wir, indem wir Bächen und Flüssen wieder mehr Raum geben, durch eine Entsiegelungsoffensive sowie mehr Regenwasserspeicher. In den ländlichen Regionen unterstützen wir die Landwirtschaft bei der Schaffung eigener Wasservorräte durch die Entwicklung von Schwammlandschaften, in denen Wasser als Reserve für Dürrezeiten, zur Auffüllung des Grundwassers und für weitere Nutzungen wie Paludikultur, Fischzucht und als Freizeitgewässer angestaut wird. In den Städten helfen Grünflächen, Bäume und Hausbegrünungen. Der Umbau zur</p>	<p>S. 14: „Weite Teile Europas leiden unter extremer Trockenheit bzw. Starkregenereignissen. Das verhindert nicht nur eine ertragreiche Bewirtschaftung, sondern erhöht auch die Gefahr von Überschwemmungskatastrophen. Wir fordern deshalb eine europäische Wasser-Strategie, die bereichsübergreifend Wasserprobleme in den Blick nimmt und alle Wirtschaftssektoren sowie Verbraucherinnen und Verbraucher einbezieht.“</p> <p>S. 22: „Unser Ziel ist es, Städte, Küstenregionen und ländliche Gebiete bei dem nachhaltigen Wandel unserer Gesellschaften zu unterstützen und zu verhindern, dass einzelne Regionen in der Transformation abgehängt werden. Eine Investitionspolitik, die</p>	<p>Keine Erwähnung</p>	<p>S. 12: „Klimaschutz gestalten wir mit den Menschen und Betrieben, nicht gegen sie. Alle Sektoren sollen dabei unterstützt werden, ihre Produktionsweisen klimafreundlich umzurüsten. Dabei setzen wir auf Innovation und Forschung sowie marktbasierende Instrumente. Wir unterstützen auch die Regionen beim Klimaschutz und der Klimaanpassung. [...] Der Schutz der Biodiversität und der kostbaren Ressourcen wie Wasser und Wälder sind unsere Zukunftsversicherung. Klimaanpassung und nachhaltiges</p>	<p>S. 39-40: „Auch heute ist Anpassung der einzig mögliche Umgang mit Klimaveränderungen. [...] Aufseiten Deutschlands bedürfen die klimatischen Veränderungen der jüngeren Vergangenheit keinerlei spezieller Maßnahmen. Die Aufwendung von Mitteln in Regularien in Reaktion auf nur etwaige künftige Veränderungen ist unnötig, ökonomisch und ökologisch unverantwortlich.“</p>

Legende

vollkommen

eher

teilweise

eher nicht

gar nicht / keine Nennung

<p>unterschiedlich. Insbesondere Regionen, in denen Kohle abgebaut wird oder Autos produziert werden, stehen vor großen Herausforderungen. [...] Es gibt eine Vielzahl von Förderprogrammen auf EU-Ebene. Wir vereinfachen sie und setzen auf eine einheitliche Transformationsstrategie. Die Förderungen in der Transformation kommen den Menschen in den Regionen zugute und werden an soziale und ökologische Kriterien gekoppelt. [...] Wir fordern, den Just Transition Fund auszuweiten: Nicht nur Kohleregionen, sondern alle von der Transformation betroffene Regionen sollen unterstützt werden. Das gilt insbesondere für Regionen, die vom notwendigen Umbau der Autoindustrie betroffen sind. [...] In den Regionen, die vom Strukturwandel betroffen sind, wollen wir Wirtschafts- und Transformationsräte einsetzen, die über das Geld aus den Transformationsfonds verfügen und den Umbau vor Ort gestalten. [...] Wir wollen den EU-Strukturfonds besser ausstatten. Damit stärken wir die Kommunen und die öffentliche Daseinsvorsorge als Fundament einer sozial und ökologisch gerechten Gesellschaft.“ S. 53: „Wir müssen Flächenentsiegelung vorantreiben, Städte in Europa müssen zu Schwammstädten werden. [...] Die EU muss die Städte und Kommunen dabei unterstützen, Klimaanpassungsmaßnahmen durchzuführen – Klimaanpassung wird Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Alle Städte und Kommunen sollen verpflichtet werden, Hitzeaktionspläne und Starkregengefahrenkarten zu erstellen. Pegelstandmessung und Hochwassermonitoring sollen europaweit auch kleine Flüsse, Ströme und Bäche umfassen.“</p>	<p>Schwammstadt bietet gleichzeitig Kühlung, verbessert die Luftqualität und steigert die Biodiversität. So bereiten wir unsere Städte besser auf die Folgen der Klimakrise vor.“ S. 49-50: „Der Erfolg des Green Deal und der Zusammenhalt der EU entscheiden sich vor Ort: anhand konkreter Projekte in den europäischen Regionen. [...] Eine effiziente Förderpolitik in der EU bezieht die Menschen vor Ort mit ein und ist an den Chancen und Herausforderungen des digitalen und ökologischen Wandels ausgerichtet. Wir stellen dabei die wirtschaftliche und soziale Annäherung der Regionen in Europa in den Vordergrund. Der Umfang der Fonds und Förderprogramme soll sich in seiner Größe an den Herausforderungen orientieren. Europäische Regionen sind bislang unterschiedlich stark auf diese Herausforderungen vorbereitet. [...] Eine konsistente und an klaren Kriterien ausgerichtete Förderpolitik wird bei der Bewältigung dieser Herausforderungen zu Antrieb und Kompass zugleich. Strukturschwache und ländliche Regionen sowie Regionen mit industrieller Prägung und Modernisierungsherausforderungen wollen wir bei der Auszahlung in den Mittelpunkt stellen, um gleichwertige Lebensverhältnisse für alle Menschen zu schaffen. [...] Große Herausforderungen brauchen eine große Kraftanstrengung und gleichzeitig Effizienz und Zielgenauigkeit im Einsatz der Mittel. Das stellen wir sicher, indem wir die Fördermittel an Kriterien im Sinne des europäischen Green Deal ausrichten. Der Europäische Sozialfonds (ESF+) spielt dabei eine bedeutende Rolle.“</p>	<p>Menschen zeigt, was Europa konkret für sie tut, hat sich insbesondere in Ostdeutschland bewährt und den Aufholprozess in den neuen Ländern zum Erfolg gemacht. Wir setzen auch in Zukunft auf eine tragfähige Mittelausstattung für die europäische Regionalpolitik. [...] Ab 2028 wollen wir die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds zu einem echten Transformationsinstrument erweitern, das einen sozial gerechten Wandel sicherstellt und zugleich Innovation fördert.“</p>		<p>Wirtschaften bilden eine europäische Kernaufgabe. Dazu wollen wir Best-Practice-Beispiele insbesondere bei Maßnahmen zum Küsten- und Hochwasserschutz finden.“ S. 17: „Wir wollen für die nächste Förderperiode in der Struktur- und Kohäsionspolitik die weitere Unterstützung der ostdeutschen Länder, struktur- schwacher Gebiete sowie von Transformationsregionen in ganz Deutschland sicherstellen.“</p>	
---	--	---	--	---	--

IV Landwirtschaft und Ernährung

Frage 15: Sollen Subventionen für die Landwirtschaft stärker an ökologischen Standards ausgerichtet werden?

Forderung der Klima-Allianz Deutschland: „Gestalten Sie in der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2027 die flächenbezogenen Direktzahlungen der ersten Säule in einkommenswirksame Leistungen für das Gemeinwohl um, insbesondere in Klima- und Umweltsleistungen. Zahlungen müssen sich am tatsächlichen Bedarf der Betriebe orientieren und unbürokratisch ausgezahlt werden. So können Landwirt*innen zielgerichtete Anpassungs-, Klima- und Umweltschutzmaßnahmen finanzieren, Synergieeffekte mit Biodiversitätsmaßnahmen schaffen und eine diverse Agrarstruktur mit vielen und vielfältigen Höfen erhalten.“

Forderung des NABU: „Wir fordern eine grundlegende Reform der Gemeinsamen Agrar- und Fischereipolitik der EU und das Ende aller ungezielten und umweltschädlichen Subventionen. Stattdessen muss die EU angemessene Anreize schaffen für die Umstellung auf eine naturverträgliche Landwirtschaft und Fischerei. Es braucht ein System von Zahlungen für Ökosystemleistungen in der künftigen Agrarpolitik: Um Landeigentümer*innen bzw. -bewirtschafter*innen für Maßnahmen zum Erhalt der biologischen Vielfalt zu belohnen, fordern wir die Einführung eines dauerhaften Entlohnungs-Systems. Dies soll auch für weitere Leistungen gelten, die nicht vom Markt bezahlt werden, wie die Wiederherstellung von Kohlenstoffsenken und die Wasserrückhaltung. So können Land- und Forstwirt*innen für nachhaltige land- und forstwirtschaftliche Praktiken entschädigt werden, die über die gesetzlichen Grundlagen hinausgehen.“

Kriterien: Benennung der Problematik / Beendigung der reinen Flächenknüpfung für Agrarzahlungen / Knüpfung von Zahlungen an Gemeinwohleistung

Linke	Grüne	SPD	FDP	CDU/CSU	AfD
<p>S. 43: „Agrarförderung, insbesondere die sogenannten Flächenprämien, muss nach sozialen, ökologischen und gemeinwohlorientierten Kriterien eingesetzt werden und für einen nachhaltigen Umbau von Landwirtschaft und Ernährung.“</p> <p>S. 44: „Gemeinsam mit dem Bündnis „Wir haben es satt“ fordert Die Linke, dass die EU in Zukunft eine tier-, klima- und umweltgerechte Landwirtschaft fördert und dass Bäuer*innen, die das umsetzen, gute Arbeitsbedingungen</p>	<p>S. 10: „Neben einer Bepreisung von Klimagasen müssen auch die Instrumente der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) konsequent auf Klimaschutz ausgerichtet werden.“</p> <p>S. 37-38: „Wir wollen eine Landwirtschaft stärken, die im Einklang mit der Natur wirtschaftet, im Dienste aller Menschen, der Produzent*innen wie der Verbraucher*innen. Deshalb streben wir eine grundsätzliche Reform der EU-Agrarpolitik an, bei der konsequent Leistungen für das Gemeinwohl – insbesondere Maßnahmen für Klima, Wasser, Boden, Biodiversität, Gesundheit und Tierschutz – honoriert</p>	<p>S. 13: „Die Gemeinsame Europäische Agrarpolitik muss mehr leisten, um ihre selbstgesteckten Umwelt- und Klimaziele zu erreichen. Gleichzeitig ist der Beitrag zur Einkommenssicherung der Landwirtinnen und Landwirte nicht ausreichend. Daher muss die europäische Landwirtschaft besser für die Zukunft aufgestellt werden. Damit Deutschland in Europa eine starke eigene landwirtschaftliche Basis behält, brauchen die Landwirte gute und verlässliche Rahmenbedingungen. Im Wettbewerb müssen faire Bedingungen gelten und notwendige Veränderungen gerecht gestaltet werden. Zentral wird dabei zukünftig die Honorierung von öffentlichen Dienstleistungen, wie etwa von</p>	<p>S. 20: „Die Produktion von hochwertigen Lebensmitteln vor der eigenen Haustür ist in unserem ureigenen Interesse. Die Arbeit der Landwirtinnen und Landwirte verdient unsere Wertschätzung. Der Respekt vor dem Eigentum und der unternehmerischen Eigenverantwortung muss die Leitlinie der europäischen Agrarpolitik bilden. Wir fordern eine marktwirtschaftliche Gemeinsame Agrarpolitik (GAP), die weniger von Subventionszahlungen und überbordender Bürokratie geprägt ist. Zu oft wurden in der Vergangenheit aus ideologischen Gründen Einschränkungen für die Landwirtschaft beschlossen, die mit Geld ausgeglichen wurden. Gute Agrarpolitik gibt es aber</p>	<p>S. 14: „Unsere Landwirtinnen und Landwirte erzeugen hochwertige Lebensmittel und leisten einen unschätzbaren Beitrag zur Ernährungssicherung sowie zum Umwelt-, Klima-, Arten- und Ressourcenschutz. [...] Wir wollen, dass unsere Landwirte auch künftig gut wirtschaften können. Daher setzen wir uns für bessere Rahmenbedingungen in der Landwirtschaft ein. Dabei setzen wir vor allem auf Anreize</p>	<p>S. 36: „Die EU hat es nicht geschafft, Landwirtschaft und Umweltschutz sinnvoll miteinander zu verbinden. Ideologisch getriebene Fehlanreize und Partikularinteressen verhindern eine nachhaltige Förderung der Forst- und Landwirtschaft sowie den Erhalt und den Schutz unserer Natur. Eine ausufernde Bürokratie zerstört die Existenz des seit Generationen für die Gesellschaft arbeitenden, regional verwurzelten Bauerntums und des ländlichen Raums. Die AfD kämpft für ein Deutschland, in dem Ernährungssicherheit und Selbstversorgung auch für zukünftige Generationen gewährleistet bleiben. Dabei soll unsere Landwirtschaft im</p>

Legende

vollkommen

eher

teilweise

eher nicht

gar nicht / keine Nennung

<p>und faire Preise bekommen.“</p>	<p>werden und nicht das Eigentum an Fläche. Dafür bedarf es eindeutiger Regelungen und Anreize für die Reduzierung von Pestizidanwendung, Düngung und Viehbesatz sowie für Fruchtfolgen, den Anbau von Eiweißpflanzen und extensive Grünlandwirtschaft. Die Förderungen sollen bürokratiearm sein, Planungssicherheit ermöglichen, nachhaltig wirken und unmittelbar bei den vor Ort arbeitenden Landwirt*innen – gerade auch kleineren Betrieben – ankommen. Ein guter Ansatz sind Stufen- und Punktesysteme, die eine klare Ausrichtung auf das Gemeinwohl, ökologische Maßnahmen sowie regenerative Systeme wie zum Beispiel Agroforstsysteme haben, mehrjährige Maßnahmen fördern und Betriebe als System betrachten.“</p>	<p>nachhaltigem Wirtschaften, dem Erhalt vielfältiger Kulturlandschaften, Umwelt-, Bestäuber-, Wasser- und Bodenschutz und dem Ausbau natürlicher CO2-Speicher sein. Dies soll in Zukunft neben fairen Preisen für erzeugte Lebensmittel auch ein Einkommen für die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen bieten. Wir streben eine Weiterentwicklung der Agrarförderung an, die Aspekte des Klimaschutzes, der Klimaanpassung und der biologischen Vielfalt noch stärker in den Fokus nimmt. Die Rahmenbedingungen für eine auskömmliche Landwirtschaft sind so zu schaffen, das eine umfassende Ernährungssicherung innerhalb Europas unter gleichzeitiger Wahrung der natürlichen Ressourcen und Einhaltung von Nachhaltigkeitskriterien (ökologisch, ökonomisch und sozial) noch besser abgesichert werden. Dringend notwendige Reformen, um die Agrarpolitik an die Ziele des Green Deals anzupassen, müssen dabei umgesetzt werden.“</p>	<p>auch ohne Geld. Die flächenbezogenen Direktzahlungen der ersten Säule wollen wir daher schrittweise über einen Zeitraum von 15 Jahren abbauen. Im Gegenzug werden wir die Wettbewerbsbedingungen verbessern und Bürokratie radikal zurücknehmen. Es muss sichergestellt werden, dass alle EU-Länder gleiche Standards erfüllen und somit auch gleiche Produktionsbedingungen existieren. Die Umsetzung von EU-Richtlinien in nationales Recht muss daher ohne zusätzliche Bürokratie erfolgen. Nur so kann die Landwirtschaft zukunftsfähig bleiben und sich erfolgreich im Markt unter gleichen Wettbewerbsbedingungen behaupten. Dazu gehört unter anderem die Rücknahme von verpflichtenden Flächenstilllegungen.“</p>	<p>und Unterstützung statt Verbote. [...] Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) muss eine starke ökonomische Säule haben, die den Landwirten Schutz auf volatilen Märkten bietet und es ihnen erlaubt, nachhaltiger zu wirtschaften und ein ausreichendes Einkommen zu erzielen. Die Direktzahlungen sollen eine echte Honorierung der vielfältigen Leistungen der Landwirtschaft sein und stark vereinfacht werden.“</p>	<p>Einklang mit Natur und Tierschutz die Versorgung der Verbraucher mit hochwertigen und bezahlbaren Lebensmitteln sicherstellen. Deswegen fordern wir statt zentralistischer EU-Bürokratie eine auf regionale Bedürfnisse ausgerichtete Umwelt-, Forst- und Landwirtschaftspolitik. [...] Die AfD setzt sich dafür ein, die Unabhängigkeit der Landwirte zu stärken und marktwirtschaftliche Prinzipien wieder in den Vordergrund zu rücken. Eine sach- und leistungsgerechte Vergütung der Landwirte, Viehwirte und Nahrungsmittelproduzenten muss generationengerecht gesichert sein. Dies kann nur mit mehr Selbständigkeit und ohne EU-Verordnungswahn – wie bei der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), die wir ablehnen – geschehen.“</p>
------------------------------------	--	--	--	---	--

Frage 16: Sollen Maßnahmen ergriffen werden, um Lebensmittelverschwendung bis 2030 zu halbieren?

Forderung der Klima-Allianz Deutschland: „Halbieren Sie die Lebensmittelverschwendung bis 2030. Legen Sie dafür Ziele und Maßnahmen für Produktion, Verarbeitung, Handel, Gastronomie, Privathaushalte und Verluste vor der Ernte fest. Die Entsorgung von noch genießbaren Lebensmitteln durch den Handel sollte verboten, die Weitergabe von genießbaren Lebensmitteln durch ehrenamtliche Organisationen ermöglicht werden. Schaffen Sie das Mindesthaltbarkeitsdatum auf lange haltbaren Produkten ebenso ab wie Handelsnormen, durch die weniger ästhetische Lebensmittel im Müll landen.“

Forderung des NABU: „Wir fordern eine starke EU-Politik, die sowohl die Produktion als auch den Verbrauch von Lebensmitteln neu ausrichtet, um sie in Einklang mit den planetaren Grenzen zu bringen. Dazu gehören neue Gesetze, um die Lebensmittelverschwendung zu verringern und das Verbrennen von Lebensmitteln einzustellen.“

Kriterien: Benennung der Problematik / konkrete Maßnahmen für Reduktion von Lebensmittelverschwendung

Linke	Grüne	SPD	FDP	CDU/CSU	AfD
<p>S. 42: „Wir setzen uns dafür ein, nutzbare Abfälle kostenfrei zu verwenden. Lebensmittelrettung – das sogenannte Containern – wollen wir legalisieren. Die Entstehung von Lebensmittelabfällen wollen wir drastisch reduzieren.“</p> <p>S. 44: „Wir brauchen ein europaweites Anti-Wegwerf-Gesetz: ein sofortiges Wegwerfverbot für zum Verzehr geeignete Lebensmittel in allen Bereichen der Wertschöpfungskette.“</p>	<p>S. 39: „Lebensmittel gehören auf den Teller und nicht in den Tank oder gar in den Müll. Wir setzen uns deshalb für rechtsverbindliche Maßnahmen ein, um die Lebensmittelverschwendung bis 2030 zu halbieren, einschließlich der Neubewertung von Aussortierungsmerkmalen und Supermarktnormen sowie der Einführung von Verzehr- statt Mindesthaltbarkeitsdaten, um verbindlichere Angaben für die sichere Verzehrbarkeit von Lebensmitteln zu liefern.“</p>	Keine Erwähnung	<p>S. 20: „Die EU-Vermarktungsnormen für Obst und Gemüse wollen wir grundlegend vereinfachen. Statt dem äußeren Erscheinungsbild soll allein die Qualität des Produkts entscheidend sein.“</p>	Keine Erwähnung	Keine Erwähnung

Frage 17: Soll der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln (Pestiziden) in der EU deutlich verringert werden?

Forderung des NABU: „Wir fordern verbindliche Rechtsvorschriften, um die Verschmutzung durch Pestizide, Nährstoffe und Kunststoffe in der Landwirtschaft und der Meeresumwelt schnell zu verringern. Dazu gehören strenge, verbindliche Ziele zur Minimierung ihres Einsatzes, strengere Vorabgenehmigungen, Anwendungs- und Verkaufsverbote bestimmter Produkte und Wirkstoffe innerhalb und außerhalb der EU sowie eine wirksame Überwachung.“

Kriterien: Benennung der Problematik / Bekennnis zu Pestizidreduktion / Glyphosat-Verbot

Linke	Grüne	SPD	FDP	CDU/CSU	AfD
<p>S. 43: „Wir setzen uns für das Grundprinzip des integrierten Pflanzenschutzes ein: Vorrang für biologische, züchterische sowie anbau- und kulturtechnische Maßnahmen vor chemischen Mitteln. [...] Wir stellen uns gegen eine Verlängerung der Zulassung für Glyphosat, das von der WHO als wahrscheinlich krebserregend eingestuft wurde.“</p> <p>S. 74: „Eine Förderung von Landwirtschaft mit Hybridsaatgut, starker künstlicher Düngung und Pestiziden, die die bäuerlichen Betriebe abhängig von Chemiekonzernen machen, lehnen wir ab.“</p> <p>S. 75: „Wir wollen ein Exportverbot für Pestizide, die in der EU und in den Mitgliedstaaten aus Umwelt- und Gesundheitsgründen nicht zugelassen sind. Das Ziel einer Landwirtschaft ohne Pestizide muss Grundlage der EU-Handelspolitik sein.“</p>	<p>S. 39: „Europas Landwirtschaft muss nachhaltiger wirtschaften, um die Ernährung der Zukunft zu sichern. In Zeiten der Klimakrise, von Dürren, Bränden, Stürmen und Starkregen rücken widerstandsfähige Anbausysteme in den Mittelpunkt aller landwirtschaftspolitischen Maßnahmen. Dazu gehört es, die Bodenfruchtbarkeit und -gesundheit zu verbessern, mehr CO₂ zu binden als auszustoßen, eine größere Vielfalt an Kulturen und Sorten auf den Äckern anzubauen und den Einsatz von Pestiziden und chemisch-synthetischen Düngemitteln so stark wie möglich einzuschränken. Wir orientieren uns an den Kriterien der Regionalität, Kreislaufwirtschaft und Agrarökologie sowie dem Leitbild ökologische Landwirtschaft.“</p> <p>S. 40: „Der starke Einsatz von Pestiziden belastet unsere Natur auf vielfache Weise. Die bisher verabschiedeten europäischen Pläne zur Schadstoffreduktion aber werden noch nicht ausreichend umgesetzt. Das wollen wir ändern und dafür sorgen, dass die Ziele und Zulassungsverfahren der EU auf wissenschaftlicher Basis überarbeitet werden. Die Mitgliedstaaten wollen wir zu weiteren wirksamen Maßnahmen verpflichten, etwa einer Pestizidabgabe. Trotz des Rückschlags der Zulassungsverlängerung von Glyphosat durch die Europäische Kommission kämpfen wir weiter für ein schnellstmögliches Glyphosatverbot in der EU.“</p>	<p>S. 13: „Den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln wollen wir weiter deutlich verringern. Wir wollen den ökologischen Landbau dabei unterstützen, das Ziel von 25 Prozent Flächenanteil in Europa zu erreichen.“</p>	<p>S. 20-21: „Beim Einsatz und der Zulassung von Pflanzenschutzmitteln stellen wir uns klar gegen die ideologische Vorverurteilung und pauschale Einschränkungen. Die Zulassung einzelner Substanzen oder Stoffgruppen darf nicht willkürlich erfolgen, sondern muss nach wissenschaftlich fundierten Maßstäben vorgenommen werden.“</p>	<p>S. 9: „Wir setzen uns für einen risikobasierten Ansatz in der Chemikalienpolitik ein und wenden uns gegen pauschale Verbote ganzer Stoffklassen.“</p>	<p>S. 37: „Wirksamer Pflanzenschutz muss auf der Basis einer professionellen Ausbildung, guter fachlicher Praxis und neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse erfolgen. Wir sind uns bewusst, dass viele dieser wissenschaftlichen Erkenntnisse durch eine grüne bauern- und technikeindliche Stimmungsmache manipuliert sind. Den grünen Lobbyismus auf diesem Feld haben wir als Gefahr für unsere Bauern erkannt und werden ihm aktiv entgegenwirken. Auch hier ist dem national-regionalen Handlungsspielraum gegenüber einer zentralbürokratischen EU-Verwaltung Vorzug zu gewähren.“</p>

Frage 18: Soll die EU sich für eine Ausweitung und Verbesserung von Meeresschutzgebieten einsetzen, um bedrohte Arten zu schützen?

Forderung der Klima-Allianz Deutschland: „Setzen Sie die Zukunfts-Prinzipien aus der Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie (MSRL) um, um den Schutz und die Nutzung der europäischen Meere miteinander in Einklang zu bringen. Übersetzen Sie die Prinzipien in konkrete Maßnahmen, damit Meeresökosysteme nachhaltig geschützt werden.“

Forderung des NABU: „Laut EU-Biodiversitätsstrategie sollen bis zum Jahr 2030 30 % der Meere unter Schutz gestellt werden, zehn Prozent davon unter strengen Schutz. Damit sollen die Ökosystemfunktionen der Meere gesichert und wiederhergestellt werden. Wir fordern, dass alle EU-Mitgliedsstaaten dieser Verpflichtung nachkommen. Meeresschutzgebiete müssen insbesondere Erholungszonen für Seevögel, Wale und andere Arten sein, um das marine Ökosystem zu stärken. Mindestens 10 Prozent der Meeresflächen müssen als nutzungsfreie Zone ausgewiesen werden („no take“) und alle industriellen, schädlichen und zerstörerischen Nutzungen ausschließen. Wir fordern ein transparentes Fischereimanagement sowie Fischereipraktiken, die der biologischen Vielfalt unserer Ozeane nicht schaden. Nur dann können die Ozeane möglichst große Mengen unserer CO2-Emissionen binden.“

Kriterien: Benennung der Problematik / Beendigung von Überfischung / Umgang mit Beifang / Verbesserung bestehender Schutzgebiete und Einführung streng geschützter Gebiete

Linke	Grüne	SPD	FDP	CDU/CSU	AfD
S. 61: „Seit März 2023 gibt es ein UN-Hochseeschutzabkommen, das es ermöglicht, Hochseegewässer unter Schutz zu stellen. Die EU muss auf eine schnelle Ratifizierung des Abkommens drängen und sich dafür einsetzen, dass 30 Prozent der weltweiten Meeresflächen bis zum Jahr 2030 unter Schutz gestellt werden. Dabei müssen die Zugangs- und Fangrechte von Kleinfischern gewährleistet sein und ihre Einbindung in das Management der Schutzgebiete muss garantiert und gefördert werden. Die EU muss durch verbindliche Standards und harte Sanktionen den Schutz der Meeresbiotope durchsetzen. [...] Wir wollen, dass der Fischfang wirksam reguliert wird, sodass nicht mehr Fische gefischt werden als nachwachsen können. Die Lebensgrundlagen und die Arbeitsbedingungen der Menschen in und außerhalb der EU, auf den Schiffen und in den Fanggebieten sollen gesichert werden. Die Fischerei mit Stellnetzen und Schleppnetzen wollen wir verbieten und Fischer*innen bei der Nutzung alternativer Fangmethoden unterstützen.“	S. 41: „Die europäischen Meere und ihre Fischbestände sind in einem schlechten Zustand. Wir werden deshalb die Meeresumwelt besser schützen, um auch den Fischbeständen und unseren Fischer*innen eine nachhaltige Perspektive zu geben. Deshalb unterstützen wir den Aktionsplan der Kommission zur Erhaltung der Fischereiresourcen und zum Schutz der Meeresökosysteme und setzen uns für eine schnellere und vollständige Umsetzung der Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie ein. Auch bei der Nutzung der Meere müssen die planetaren Grenzen eingehalten werden. Wir fördern Alternativen zur Stellnetz- und Schleppnetz Fischerei und gehen gegen umweltschädliche Fangmethoden sowie die überhöhten Einträge von Düngemitteln und Schadstoffen vor.“	S. 12: „Wir streben eine nachhaltige Land- und Forstwirtschaft an und wollen 30 Prozent der Landes- und Meeresfläche der EU unter Schutz stellen.“ S. 14: „Durch striktere Kontrollen illegaler, undokumentierter und unregulierter Fischerei wollen wir einer Überfischung zuvorkommen. [...] Wir wollen eine europäische Fischereipolitik mit wissenschaftsbasierten Fangquoten, die die Erholung überfischter Fischbestände ermöglicht und die schädliche Fischereisubventionen beendet.“	Keine Erwähnung	Keine Erwähnung	Keine Erwähnung

V Naturschutz und Artenvielfalt

Frage 19: Braucht es ein Gesetz, das die Wiederherstellung zerstörter Natur mit verbindlichen Zielen einfordert?

Forderung der Klima-Allianz Deutschland: „Fördern Sie eine Wiedervernässung von Feuchtgebieten wie Auen und Moore und etablieren Sie Wertschöpfungsketten nasser Moornutzung. So werden durch Trockenlegung entstehende Treibhausgasemissionen deutlich gesenkt und wertvolle Ökosysteme gestärkt.“

Forderung des NABU: „Wir fordern die EU-Mitgliedstaaten auf, bis 2030 auf mindestens 20 % ihrer Land- und Meeresflächen wirksame und flächenbezogene Wiederherstellungsmaßnahmen durchzuführen. Dies sollte auf der Grundlage einer effektiven EU-Verordnung erfolgen. Um die großflächige Wiederherstellung der Natur zu unterstützen, fordern wir die Einrichtung eines EU-Naturwiederherstellungsfonds. Dieser sollte besondere Aufmerksamkeit auf empfindliche Ökosysteme und ihre Arten legen. Ein weiterer Schwerpunkt sollte auf Lebensräumen liegen, die ein hohes Potenzial für die Abschwächung der Klimakrise, der Klimawandelfolgen und die Klimaanpassung haben, wie Feuchtgebiete, natürliche Wälder und Seegrasswiesen.“

Kriterien: Benennung der Problematik / Gesetz bzw. verbindlicher Rechtsrahmen mit hohem Ambitionsniveau / finanzielle Unterstützung / Anpassung bestehender sowie Schaffung neuer Finanzierungsinstrumente

Linke	Grüne	SPD	FDP	CDU/CSU	AfD
S. 60: „Mehr Wildnis wagen: Wir wollen unsere natürlichen Lebensgrundlagen erhalten und zerstörte Ökosysteme wiederherstellen: saubere, schadstofffreie Gewässer, Böden und Luft und eine wachsende biologische Vielfalt. Nur eine intakte Natur sichert auch das Leben für uns Menschen. [...] Wir unterstützen einen neuen EU-Naturschutzfonds, um die Aufgaben (zum Beispiel die Wiedervernässung von Mooren) aus dem sogenannten Nature Restoration Law zu	S. 11: „Intakte Ökosysteme sind unsere besten Verbündeten, denn vor allem Wälder, Auen, Moorböden und Meere sind natürliche CO ₂ -Speicher. Der Schutz und die Wiederherstellung solcher natürlichen CO ₂ -Senken haben auf diesem Weg für uns Vorrang. Sie beeinflussen über das Klima hinaus auch Wasserkreisläufe und das Wetter positiv. Deswegen benötigen wir kluge Regulierung und verstärkte Förderung für den natürlichen Klimaschutz, die Landwirtschaft, den Humusaufbau, die Wiedervernässung von Mooren, Renaturierung von Auen und Seegrasswiesen, die nachhaltige Verwendung von Holz sowie die Wiederherstellung naturnaher, artenreicher und strukturreicher Wälder, die eine zugleich ökologisch und ökonomisch nachhaltige Bewirtschaftung in Zukunft befördern. Dafür braucht Europa ein umfassendes Paket „Natürlicher Klimaschutz“ zur Umsetzung des Nature Restoration Law, das auch die rechtlichen Voraussetzungen für die beschleunigte Ausweisung von Vorranggebieten für Renaturierung und natürlichen Klimaschutz schafft.“ S. 33: „30 Prozent der Land- und Meeresflächen sollen dank dieser Abkommen unter Naturschutz stehen, 10 Prozent der Flächen sogar unter besonderem Schutz. Jetzt gilt es, die vereinbarten Ziele und Wiederherstellungspläne ebenso wie die EU-Biodiversitätsstrategie vollständig umzusetzen und dafür verbindliche Zwischenziele und Maßnahmen festzusetzen. Wir setzen uns deshalb ein für die Schaffung eines Netzwerks von gut überwachten und wirksamen Schutzgebieten an Land und auf dem Meer, inklusive Nullnutzungszonen. Bedrohte Arten und Lebensräume sollen endlich besser geschützt und geschädigte Ökosysteme wiederhergestellt werden. [...] Eine deutlich verbesserte Naturschutzfinanzierung und eine Ausrichtung der Agrar- und Fischereisubventionen auf eine ökologische Nutzung sind zum Erreichen der globalen und europäischen Ziele unabdingbar. Deshalb fordern wir einen eigenen Naturschutzfonds im EU-Haushalt ein. Finanzieren wollen wir die Wiederherstellung der Natur mit dem	S. 13: „Nur das schützen, was noch gesund ist, reicht nicht mehr. Der Zustand unserer natürlichen Lebensgrundlage verschlechtert sich seit Jahren. Wir müssen die Natur wiederherstellen und das gestörte Gleichgewicht unserer Ökosysteme verbessern. Wir möchten deshalb ein ambitioniertes Gesetz zur Bodengesundheit verabschieden sowie ausreichende Mittel für die Wiederherstellung der Natur, auch im	Keine Erwähnung	S. 13: „Wir wollen europaweit natürliche Senken (z.B. Moore, Böden, Wälder), technische Senken (also die industrielle Abscheidung und Speicherung) und vor allem die Nutzung von CO ₂ stärken.“ S. 14: „Der Schutz der Biodiversität und der kostenbaren Ressourcen wie Wasser und Wälder sind unsere Zukunftsversicherung. Klimaanpassung und nachhaltiges Wirtschaften bilden eine europäische Kernaufgabe.“	Keine Erwähnung

Legende

vollkommen

eher

teilweise

eher nicht

gar nicht / keine Nennung

<p>finanzieren. Die Finanzierung von Naturschutz durch Ausgleichsmaßnahmen für Biodiversitätsverlust oder andere Naturfinanzmärkte lehnen wir ab.“</p>	<p>umfassenden Abbau umweltschädlicher Subventionen. [...] Mit dem NRL sollen bis 2050 alle Ökosysteme auf den Weg der Erholung geführt werden. Wir arbeiten hin auf eine schnelle und vollständige Umsetzung der Ziele und Zwischenziele. Bei Eingriffen in die Natur müssen nicht verantwortbare Risiken wie die Gefährdung oder gar Ausrottung ganzer Populationen oder Arten durch gentechnische Methoden ausgeschlossen werden.“ S. 34-35: „Um der Klima- und Biodiversitätskrise gemeinsam zu begegnen, wollen wir besonders den natürlichen Klimaschutz fördern. Die Schlüsselemente sind hier die Wiedervernässung von Mooren und Auen, Erhalt und Renaturierung artenreichen Grünlandes, ein naturnaher Waldumbau, der auch Tiere und Pflanzen schützt, und effektiver Meeresschutz. [...] Maßnahmen ökologischer Landnutzung wie multifunktionale Agroforstsysteme oder die Anlage von Hecken am Feldrand können hierbei wichtige Werkzeuge sein, um eine Vernetzung von Biotopen und neue Lebensräume zu schaffen. In diesem Rahmen wollen wir klimaresiliente Ökosysteme wiederherstellen und Ausweichschutzgebiete für kälteliebende Arten sowie Hilfsprogramme für besonders betroffene Arten schaffen.“</p>	<p>Rahmen der europäischen Agrarförderung, bereitstellen, um der um sich greifenden Flächenversiegelung und dem Verlust natürlicher Lebensräume in der EU entgegenzuwirken.“</p>			
--	---	--	--	--	--

Frage 20: Soll es eine EU-weite Strategie für die Bekämpfung von Wasserknappheit geben?

Forderung der Klima-Allianz Deutschland: „Verabschieden Sie ergänzend zum *Green Deal* einen *Blue Deal*, um trotz drohender Wasserknappheit Menschen den Zugang und die gerechte Nutzung von Wasser zu ermöglichen. Trinkwasserversorgung und der Bedarf der aquatischen Umwelt müssen dabei Vorrang vor industrieller Nutzung haben.“

Forderung des NABU: „Wir fordern eine konsequente Durchsetzung des EU-Wasserrechts. So sind die Wasserrahmenrichtlinie und die Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie sind gute Gesetze der EU zum Schutz von aquatischen Ökosystemen für Mensch und Natur. Leider mangelt es an der Umsetzung. Die Mitgliedstaaten haben es nicht geschafft, unsere Gewässer in einen guten Zustand zu versetzen. Wir fordern, die Rechtsvorschriften nicht zu gefährden, sondern sie fortzuführen und sie konsequent umzusetzen. Dazu sollte auch eine allgemeine Verringerung des Verbrauchs gehören, z. B. im Hinblick auf die intensive und oft illegale Wassernutzung in der Landwirtschaft. Ein gesunder Wasserhaushalt und Meeresressourcen sichern Ökosystemleistungen wie die Aufnahme und Speicherung von Kohlenstoff und die Filterung von Wasser.“

Kriterien: Benennung der Problematik / Fort- und Durchsetzung der Wasserrahmenrichtlinie / Sicherung der Wasserversorgung für das Gemeinwohl

Linke	Grüne	SPD	FDP	CDU/CSU	AfD
S. 53: „Mit dem Klimawandel spitzen sich die Verteilungskonflikte zu. Wenn das Wasser knapp wird, müssen wir entscheiden: Wollen wir Wasser nutzen für Lebensmittelanbau und öffentliche Schwimmbäder oder für Golfplätze und private Swimmingpools? Die Linke steht in diesen Fragen auf der Seite der Mehrheit der Menschen. Es braucht eine europäische Wasserstrategie unter dem Motto: Gemeinwohl vor Profitinteressen und Daseinsvorsorge vor Industrie.“ S. 60: „Die EU-Wasserrahmenrichtlinie für einen guten ökologischen Gewässerzustand und ihre Tochterrichtlinien	S. 36: „Wir brauchen deshalb eine europäische Wasserstrategie, die Extreme abpuffert, sauberes Trinkwasser für alle sichert sowie den Bedarf in der Landwirtschaft und in den natürlichen Lebensräumen deckt. Wir brauchen Landschaften, Dörfer und Städte, die Wasser im Boden speichern, um uns durch die heißen und trockenen Sommer zu bringen. Sauberes Wasser für alle ist ein Grundrecht. Wir verringern den Wasserverbrauch durch die Förderung klimaangepasster Landbewirtschaftung, schützen Feuchtgebiete, renaturieren Gewässer, wiedervernässen die Moore und wollen immer mehr Flüsse wieder frei fließen lassen. [...] Neben dem Gesetz zur Wiederherstellung der Natur müssen auch die Ziele der Wasserrahmenrichtlinie noch im laufenden Jahrzehnt umgesetzt werden, um europaweit eine gute Qualität der Flüsse und Seen zu erreichen sowie die Übernutzung von Grundwasser und die dadurch drohende Schädigung von Feuchtgebieten und Flüssen zu verhindern. [...] Wir setzen uns für einen verbindlichen Vorrang für Trinkwasser gegenüber gewerblicher oder landwirtschaftlicher Nutzung ein. Wasser gehört allen Menschen und ist kein Spekulationsobjekt. Daher lehnen wir die Privatisierung der Wasserversorgung ab.“ S.36: „Die sparsame Nutzung und die Speicherung von Wasser in der Landschaft werden wir in den Mittelpunkt stellen und durch Regeln und Anreize stärken, ob im Ackerbau durch trockenheitstolerante Kulturen oder Humusaufbau, im Gemüsebau durch Tröpfchenbewässerung, im Wald durch naturnahen, laubholzorientierten Mischwald oder in Gewerbe und Industrie durch sparsamere Prozesse, geschlossene Wasserkreisläufe, beschränkte Wasserentnahme,	S.14: „Weite Teile Europas leiden unter extremer Trockenheit bzw. Starkregenereignissen. Das verhindert nicht nur eine ertragsreiche Bewirtschaftung, sondern erhöht auch die Gefahr von Überschwemmungskatastrophen. Wir fordern deshalb eine europäische Wasserstrategie, die bereichsübergreifend Wasserprobleme in den Blick nimmt und alle Wirtschaftssektoren sowie Verbraucherinnen und Verbraucher einbezieht. Wir wollen, dass der Wasserrückhalt in der Landschaft verbessert wird.“	Keine Erwähnung	S. 14: „Der Schutz der Biodiversität und der kostbaren Ressourcen wie Wasser und Wälder sind unsere Zukunftsversicherung. Klimaanpassung und nachhaltiges Wirtschaften bilden eine europäische Kernaufgabe. Dazu wollen wir Best-Practice- Beispiele insbesondere bei Maßnahmen zum Küsten- und Hochwasserschutz finden.“	S. 39: „Mit der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie wurden für den Bereich der EU zentrale Grenzwerte vorgegeben, die für die Mitgliedstaaten verpflichtend sind. Ein derart zentralistisch geregelter Ordnungsrahmen verursacht in den einzelnen Regionen unterschiedliche Anpassungsschwierigkeiten und überbordende Bürokratie, die Maßnahmen beim Überschreiten von evidenzbasierten Grenzwerten verhindern. Daher gehört der Gewässerschutz hauptsächlich in die Hände der Nationalstaaten und in Deutschland in die der Bundesländer. Diese können in abgestimmter Zusammenarbeit mit Vertretern von Kommunen, Landwirtschaft und weiteren Akteuren wesentlich

Legende

vollkommen

eher

teilweise

eher nicht

gar nicht / keine Nennung

<p>dürfen nicht aufgeweicht oder geöffnet werden.“</p>	<p>Kaskadennutzung und Wiederaufbereitung. Hier setzen wir verstärkt auf Kooperation innerhalb Europas und mit den Mittelmeeranrainern. Denn die Erfahrungen in den trockenen Gebieten des Südens werden in den anderen Teilen Europas dringend gebraucht.“ S. 49: „Insbesondere der Zugang zu sauberem und günstigem Trinkwasser ist eine existenzielle Grundlage für ein gesundes Leben. Europa garantiert durch den Erfolg der Bürgerinitiative Right2Water die weltweit höchsten Standards für Trinkwasser. Die Versorgung mit Trinkwasser soll weiterhin in kommunaler Hand bleiben und nicht nach rein marktwirtschaftlichen Interessen bestimmt werden. Wir verteidigen daher die Ausnahme der Wasserversorgung aus der Konzessionsrichtlinie und schützen das Recht auf Trinkwasser in der EU.“</p>				<p>effektiver den Gewässerschutz sicherstellen.“</p>
--	--	--	--	--	--

Frage 21: Sollen mindestens 30 Prozent der Fläche an Land und Meer in der EU besser geschützt werden?

Forderung des NABU: „Wir fordern einen starken und vorrangigen Fokus auf Schutzgebiete für die Natur. Die EU hat sich mit dem Beitritt zum Weltnaturabkommen bereits dazu verpflichtet, 30 % ihrer Fläche an Land und auf See zu schützen (EU-Biodiversitätsstrategie). 10 % der Land- und Meeresflächen der EU sollen strikt geschützt werden. Wir fordern die vollständige Umsetzung und Durchsetzung des Natura-2000-Netzes als Rückgrat der Schutzgebiete. Um ein ökologisch sinnvolles und gut verknüpftes Netz an Schutzgebieten zu bilden, müssen die zusätzlichen Gebiete von den Mitgliedstaaten rechtlich geschützt und wirksam verwaltet werden.“

Kriterien: Benennung der Problematik / Zusage, das 30 %-Ziel einzuhalten / Vorschlag konkreter Schutzmaßnahmen / Wirksamkeit des Schutzes verbessern (Qualität)

Linke	Grüne	SPD	FDP	CDU/CSU	AfD
<p>S. 60: „Wildtiere und ihre Lebensräume müssen besonders geschützt werden. Internationale Arten- und Naturschutzabkommen, insbesondere das aktuelle Kunming-Montreal-Abkommen, müssen in der EU konsequent umgesetzt werden. [...] Schutzgebiete wie Natura 2000 und Wildnisflächen wollen wir ausweiten. Der Schutz muss unter strenger Kontrolle und Einhaltung der Fauna-Flora-Habitat-richtlinien (FFH) geschehen. [...] Wir wollen das EU-LIFE- Programm weiter aufstocken, da es sich als effektiv für die Verbesserung des Zustands von Natur und Umwelt erwiesen hat.“</p> <p>S. 61: „Es braucht ein wirksames Verbandsklagerecht für Umwelt- und Tierschutzverbände in den EU-Mitgliedstaaten.“</p>	<p>S. 33: „30 Prozent der Land- und Meeresflächen sollen dank dieser Abkommen unter Naturschutz stehen, 10 Prozent der Flächen sogar unter besonderem Schutz. Jetzt gilt es, die vereinbarten Ziele und Wiederherstellungspläne ebenso wie die EU-Biodiversitätsstrategie vollständig umzusetzen und dafür verbindliche Zwischenziele und Maßnahmen festzusetzen. Wir setzen uns deshalb ein für die Schaffung eines Netzwerks von gut überwachten und wirksamen Schutzgebieten an Land und auf dem Meer, inklusive Nullnutzungszonen. Bedrohte Arten und Lebensräume sollen endlich besser geschützt und geschädigte Ökosysteme wiederhergestellt werden.“</p> <p>S. 34: „Zur Erhaltung der Artenvielfalt wollen wir die natürlichen Lebensräume wieder miteinander vernetzen. Das Ziel ist eine tragfähige grüne Infrastruktur für Europas Natur. Das Natura-2000-Netzwerk wollen wir in einen guten Erhaltungszustand versetzen und mit Korridoren, die den Austausch stärken, verknüpfen. Denn intakte Lebensräume und genetische Vielfalt fördern die Resilienz unserer Ökosysteme und schaffen somit auch einen gesellschaftlichen Mehrwert. Die Korridore sollen in engem Austausch mit den Kommunen, Landwirt*innen, Waldbesitzer*innen und Förster*innen entstehen. Finanzielle Anreize für Landwirt*innen und Landbesitzer*innen sollen dem Ziel dienen, nachhaltige Praktiken einzuführen, die den Schutz der Natur und den Erhalt der Artenvielfalt fördern. Maßnahmen ökologischer Landnutzung wie multifunktionale Agroforstsysteme oder die Anlage von Hecken am Feldrand können hierbei wichtige Werkzeuge sein, um eine Vernetzung von Biotopen und neue Lebensräume zu schaffen. In diesem Rahmen wollen wir klimaresiliente Ökosysteme wiederherstellen und Ausweichschutzgebiete für kälteliebende Arten sowie Hilfsprogramme für besonders betroffene Arten schaffen.“</p>	<p>S. 12: „Wir streben eine nachhaltige Land- und Forstwirtschaft an und wollen 30 Prozent der Landes- und Meeresfläche der EU unter Schutz stellen.“</p> <p>S. 14: „Wir werden mindestens 30 Prozent der europäischen Meeresflächen unter Schutz stellen und bis 2030 mindestens 20 Prozent der geschädigten maritimen Ökosysteme wieder in einen guten Zustand bringen. Dabei ist uns ein offener Dialog mit der Fischereiwirtschaft wichtig, damit Investitionen, neue Geschäftsmodelle und Praktiken effektiv unterstützt und umgesetzt werden können.“</p>	Keine Erwähnung	Keine Erwähnung	Keine Erwähnung

Frage 22: Soll es stärkere EU-Vorgaben für den Schutz unserer Wälder geben?

Forderung des NABU: "Wir brauchen die Umsetzung der EU-Biodiversitätsstrategie, um den Wald als unseren unverzichtbaren Verbündeten in der planetaren Umweltkrise beizubehalten. Damit Wälder weiter ihre Leistungen für uns erbringen, benötigen sie jedoch ihre natürliche Biodiversität und Strukturvielfalt, die Integrität des Waldinnenklimas, intakte Böden, Nährstoff- und Wasserhaushalte, Schutz vor Schadstoffen, invasiven Arten und Zerschneidung sowie konsequenten Klimaschutz. Es braucht einen gezielten Vorstoß für den Artenschutz: Über die Vernetzung von 30 % wirksamer Schutzgebiete hinaus wollen wir sicherstellen, dass es keine Verschlechterung des Zustands geschützter Lebensräume und Arten gibt. Zudem müssen bis 2030 mindestens 50 % der nach den bestehenden Gesetzen (z.B. Vogelschutz- und FFH-Richtlinie) geschützten Arten und Lebensräume einen guten Erhaltungszustand aufweisen. Dafür brauchen wir die vollständige Umsetzung der EU-Naturschutzgesetze, die Einhaltung der EU-Biodiversitätsstrategie, einschließlich der Regulierung der Jagd und der Durchsetzung von Maßnahmen gegen illegale Tötungen sowie ein solides Monitoring und Konsequenzen bei Nicht-Einhaltung in ganz Europa."

Kriterien: Benennung der Problematik / Unterstützung der EU-Biodiversitätsstrategie / Vorgaben für Waldbiodiversität

Linke	Grüne	SPD	FDP	CDU/CSU	AfD
S. 43: „Die Wälder in der EU müssen erhalten und nachhaltig bewirtschaftet werden. Wir wollen stärker nach ökologischen Kriterien aufforsten.“	S. 33: „Jetzt gilt es, die vereinbarten Ziele und Wiederherstellungspläne ebenso wie die EU-Biodiversitätsstrategie vollständig umzusetzen und dafür verbindliche Zwischenziele und Maßnahmen festzusetzen.“ S. 34-35: „Intakte Ökosysteme gibt es nur mit einer lebendigen Artenvielfalt. Von den 8 Millionen Tier- und Pflanzenarten auf unserer Erde sind 1 Million vom Aussterben bedroht – und damit ein unendlicher Reichtum. Dieses Massensterben muss dringend gestoppt werden. Ein wichtiger Hebel dafür ist die Art und Weise, wie wir Flächen bewirtschaften. Den Artenschwund in und um Agrarflächen und Wälder wollen wir stoppen, indem wir die Flächenversiegelung aufhalten und den Naturschutz in der Bewirtschaftung von Flächen stärken. Der Erhalt von Ökosystemen und der Schutz insbesondere von Schlüsselarten, die für das Funktionieren der Lebensgemeinschaften essenziell sind, müssen deshalb immer mit hoher Priorität berücksichtigt werden. Wir wollen ökologische Landwirtschaft und naturnahe Waldbewirtschaftung fördern. Das schont unsere Böden ebenso wie Tiere und Pflanzen und erhöht die Biodiversität. Die Wälder Europas sind stark gefährdet durch die Folgen der fortschreitenden Klimakrise. Wir setzen uns ein für die Abkehr von einer monokulturellen Bewirtschaftung, deutlich weniger Pestizideinsatz und für eine naturnahe Umgestaltung, vorrangig auf Basis von Naturverjüngung. Den wertvollen Altbestand an Wäldern in Europa wollen wir erhalten und 10 Prozent der Wälder in der EU für eine natürliche Entwicklung bereitstellen. Illegale Rodungen und Kahlschlag müssen beendet werden. Stattdessen soll Wiederbewaldung gezielt gefördert werden. Dafür braucht es europaweit einheitliche ökologische Mindeststandards für die Forstwirtschaft. [...] Zur Erhaltung der Artenvielfalt wollen wir die natürlichen Lebensräume wieder	S. 9: „In Kraftwerken wollen wir den Einsatz von Brennstoffen beenden, die den wichtigen und schrumpfenden CO2-Speicher Wald schwächen. Wir konnten im Rahmen des Green Deals erstmals durchsetzen, dass die EU-Mitgliedsstaaten die CO2-Speicherkapazitäten von Mooren, Wäldern und Wiesen steigern müssen. Bei der Bewertung der Nationalen Energie- und Klimapläne werden wir darauf achten, dass die Pläne der Mitgliedstaaten zur Nutzung von Bioenergie dem nicht zuwiderlaufen.“	Keine Erwähnung	S. 13: „Wir wollen europaweit natürliche Senken (z. B. Moore, Böden, Wälder), technische Senken (also die industrielle Abscheidung und Speicherung) und vor allem die Nutzung von CO2 stärken.“ S. 14: „Der Schutz der Biodiversität und der kostbaren Ressourcen wie Wasser und Wälder sind unsere Zukunftsversicherung. Klimaanpassung und nachhaltiges Wirtschaften bilden eine europäische Kernaufgabe. Dazu wollen wir Best-Practice-Beispiele insbesondere bei Küsten- und	S. 37: „Die weitläufigen Waldflächen Europas müssen unter den Aspekten Ökologie, Ökonomie und Erholung geschützt werden. Dies kann jedoch nur unter strikter Wahrung des Subsidiaritätsprinzips geschehen. Denn die unterschiedlichen klimatischen und geografischen Gegebenheiten erfordern eine angepasste regionale Waldbewirtschaftung ohne eine übergriffige Steuerung durch Brüssel. Planspiele fernab nationaler Besonderheiten sind deshalb fehl am Platz. Die Waldwirtschaft gehört in die regionale Hand forstwirtschaftlicher Fachleute und Eigentümer. [...] Die weitere Stilllegung forstwirtschaftlicher Flächen im Sinne eines missverstandenen Schutzgedankens lehnen wir ab. [...] Wir fordern den Abbau ausufernder Bürokratie und übermäßiger

Legende

vollkommen

eher

teilweise

eher nicht

gar nicht / keine Nennung

	<p>miteinander vernetzen. Das Ziel ist eine tragfähige grüne Infrastruktur für Europas Natur. Das Natura-2000-Netzwerk wollen wir in einen guten Erhaltungszustand versetzen und mit Korridoren, die den Austausch stärken, verknüpfen. Denn intakte Lebensräume und genetische Vielfalt fördern die Resilienz unserer Ökosysteme und schaffen somit auch einen gesellschaftlichen Mehrwert. Die Korridore sollen in engem Austausch mit den Kommunen, Landwirt*innen, Waldbesitzer*innen und Förster*innen entstehen. Finanzielle Anreize für Landwirt*innen und Landbesitzer*innen sollen dem Ziel dienen, nachhaltige Praktiken einzuführen, die den Schutz der Natur und den Erhalt der Artenvielfalt fördern. Maßnahmen ökologischer Landnutzung wie multifunktionale Agroforstsysteme oder die Anlage von Hecken am Feldrand können hierbei wichtige Werkzeuge sein, um eine Vernetzung von Biotopen und neue Lebensräume zu schaffen. In diesem Rahmen wollen wir klimaresiliente Ökosysteme wiederherstellen und Ausweichschutzgebiete für kälteliebende Arten sowie Hilfsprogramme für besonders betroffene Arten schaffen.“</p>	<p>S. 12: „Wir werden deshalb die nötigen Maßnahmen treffen, um das Biodiversitätsabkommen von Montreal und die EU-Biodiversitätsstrategie umzusetzen.“</p>		<p>Hochwasserschutz finden.“</p>	<p>Dokumentationspflichten. Die seit Jahren unter der Schirmherrschaft der EU betriebene Lobbyarbeit selbsternannter Umweltvereinigungen zugunsten der Windkraftindustrie muss schnellstmöglich beendet werden. Die Abholzung des Kulturgutes Wald für Windkraftanlagen lehnen wir ab. Solche Windkraftanlagen können unser Energieproblem nicht lösen.“</p>
--	---	---	--	----------------------------------	--